

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftleiter:
J. & C. Gavar
Fernsprecher: Amt Dänhoff 4126/4129



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Draftanschrift: Cepedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 30. Dez. 1930

Die Stimme in der Wüste.

Intern. Intern.
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Locarno, 30. Dezember (Eig. Bericht)

Es gibt auch in Italien eine Kritik an dem Regime, die dem Spezialgericht unerreichbar ist, nämlich die, die in der Aula des Senats geübt wird. Freilich dringt kein einziger Ton von ihr über diese Aula hinaus, denn die Presse hat strengstes Verbot, irgend ein kritisches Wort abzudrucken. Die wenigen dem Publikum zur Verfügung stehenden Sitze der Senatstribünen sind fast ganz von Polizisten besetzt. So erfährt kein Mensch, dass man im italienischen "Oberhause", unter den vom König aus der hohen Beamtschaft, den Leuten mit hohem Zensus, Männern der Wissenschaft, Angehörigen des königlichen Hauses usw. auf Lebenszeit ernannten Senatoren, gelegentlich doch Kritik übt am Faschismus. Der Senator Ciccotti, Professor der alten Geschichte, ehemaliger sozialistischer Abgeordneter von Neapel, war zu Beginn des Faschismus für die Diktatur eingetreten, von der er eine Ueberwindung der Nachkriegs-Krise erhofft hatte. Er wurde daher unter Mussolini zum Senator ernannt, was ihn nicht hinderte, bald das wirkliche Wesen der Diktatur zu erkennen und aus einem Verfechter ein energischer Gegner zu werden. Die Geheimorganisation "Giustizia e Libertá" verbreitet nun in Italien eine Blütenlese aus seinen Reden, wie sie dem stenographischen Protokoll der Senatssitzungen entnommen wurde.

Am 31. Mai 1928 sagte Ciccotti zum Budget über das Korporationsministerium, die Regierung wolle dem Lande einen "Bastard von missratenem utopistischen Sozialismus und Staatssozialismus" aufzwingen, und das lebendige Leben künstlich und zwangsweise versteinern, wie man das in der Zeit des byzantinischen Verfalls versucht hat :

"Jedes Mal, wenn sie uns mit neuen Entwürfen kommen, gebärden sie sich, als ob sie eine neue Welt entdeckt hätten, und oft kann man ihnen beweisen, dass sie, wie in diesem Fall, auf das verfallende römische Reich und auf Byzanz in der Zeit seiner Erstarrung zurückgreifen... Mit dieser belastenden und hindernden Regulierung wollen sie, wie mir scheint, der Nation und dem Staate die Zwangsjacke anziehen. Es handelt sich um eine übertriebene Orthopädie... Durch zuviel Eisen, um die Glieder grade zu biegen, riskiert man, dass sie rachitisch werden."

Bewunderswert sind die Wendungen und Biegungen, durch die der Redner es fertig bringt, die klotzigsten Dinge in halbwegs höflicher Form zu sagen. Um die Verlogenheit der faschistischen Presse zu kennzeichnen, sagt er, gelegentlich einer Bemerkung über die Streiks :

"Ich kann wirklich nicht sagen, ob es noch Streiks gibt oder nicht, bei der heutigen Lage der Presse. Ich werde ihnen ein Beispiel geben. Der Ministerpräsident Mussolini hat in der Sitzung vom 12. ds. hier im Senat gesprochen, und es lag wirklich keinerlei Anlass vor, dass die Senatoren, die ihm bei anderen Gelegenheiten ihre Hochachtung zum Ausdruck gebracht haben, sich von den Sitzen erheben und ihm Beifall spendeten, ehe er auch nur den Mund auftat.

Trotzdem haben alle Zeitungen, die ich zu Gesicht bekommen habe, mit vielsa-
gender Uebereinstimmung, diesen Vorgang bezeugt, von dem jeder meiner Herren
Kollegen weiss, dass er sich nicht zugetragen hat. Angesichts dieses Beispiels,
dem ich andre hinzufügen könnte, frage ich nun: hat es noch Streikversuche
gegeben oder nicht?"

In einem witzigen Vergleich zwischen Faschismus und byzantinischem Formel-
kram bringt Ciccotti Mussolini mit grosser Eleganz einige empfindliche Nadel-
stiche bei (Rede vom 14. März 1930):

"Wenn der Ministerpräsident nicht so beschäftigt wäre und sich auch denen
zugänglich zeigte, die nicht lediglich seine Gedanken widerspiegeln, könnte
man ihm die "Notitia dignitatum Orientis et Occidentis" (Verzeichnis der Wür-
den im östlichen und westlichen Reich) geben. Er würde in diesem Buch ein Bei-
spiel dafür finden, wie man ein Land und einen Staat durch Formeln und Bureau-
kratie zur Erstarrung bringt. Er würde dort sogar Modelle für Uniformen und Or-
den finden, die ungefähr denen unlängst in der "Gazzetta ufficiale" veröffent-
lichten gleichen (hört! hört)."

Ein andermal, als er von dem beständigen Wachsen der öffentlichen Schuld
spricht, sagt Ciccotti: "Ich weiss gar nicht mehr, wo und wie ich die grössten
Euphemismen (verschönernde Worte) suchen soll." So sagt er es ohne Euphemismen:

"Gegen die angebliche Unmöglichkeit, bei den Ausgaben zu sparen, protes-
tiert die allgemeine Empfindung, dass übertriebene und unberechtigte Ausgaben
gemacht werden, die vermindert oder abgeschafft werden könnten, und gegen die
die erstickte und erdrückte öffentliche Meinung sich in jenen zahllosen
Witzen auflehnt, die die Regierung nicht versteht, als Mahnung und Kritik
zu nutzen oder als unvermeidliche Folge einer natürlichen Nervosität und Er-
bitterung zu ertragen, während sich diese Witze absolut nicht durch wütende
und ohnmächtige Drohungen beseitigen lassen. Wo die Regierung ihretwegen zu-
schlägt, trifft sie gelegentlich Unschuldige, und andre Male ergeht es ihr wie
jenem Aeffchen, das den ihm unangenehmen Spiegel zerschlug, und dann sein Bild
in den zahlreichen Splintern vervielfältigt sehen musste."

Einmal - am 24. Juni 1930 - unterbricht Mussolini den Redner und ruft, die
Regierung hätte ihm durch Ernennung zum Senator ein vielleicht unangebrachtes
Wohlwollen bewiesen. Ciccotti gibt zur Antwort:

"Ich tue meine Pflicht als Senator und habe nie um die Ernennung gebet-
telt. Ich spreche im Interesse des Staates. Wollte ich in meinem persönlichen
Interesse sprechen, so würde ich wahrhaftig anders reden und anders handeln."

In Italien weiss man, wie schon gesagt, von diesen Reden nichts. Das
Ausland ist verblüfft, dass es möglich ist, dem Diktator solche Wahrheiten ins
Gesicht zu sagen. Man darf sich nicht verhehlen, dass Ciccotti durch seine Hal-
tung sein Leben riskiert. Aber auf strafrechtlichem Wege - nicht einmal auf
dem des faschistischen Strafrechtes - kann man Ciccotti nichts anhaben. Da
müsste man erst den Artikel 51 der Verfassung abschaffen, der festsetzt, dass
kein Senator oder Abgeordneter wegen der in den Kammern ausgesprochenen Meinun-
gen zur Rechenschaft gezogen werden kann. Von Rechtswegen ist auch gegen die
Verbreitung der Reden Ciccottis in Italien nicht das geringste einzuwenden;
obwohl sie viel schärfere Kritiken des faschistischen Regimes enthalten, als
die es sind, die dem Schriftsteller Vinciguerra und dem Journalisten Renzo
Rendi soeben eine Verurteilung zu je 15 Jahren Zuchthaus eingetragen haben. So
erweist sich in einem völlig rechtlosen Lande, in dessen Gefängnissen die Fol-
ter wiederhergestellt ist, in dem man sich - wie der traurige Fall der greisen
Frau de Bosis beweist - durch einen lobhudelnden Brief an den Ministerpräsi-
denten vor einer gerichtlichen Verurteilung schützen kann, der letzte formel-
le Ueberrest der parlamentarischen Immunität als ein Schutzwall der Freiheit.
Im Frühjahr 1928 schrieb ein italienisches Regierungsblatt, die drei antifa-
schistischen Senatoren sollten "der Regierung danken, dass sie sie noch leben
lässt."

Wie lange wird einen Mann, der solche Dinge in Rom zu sagen wagt, seine
in der Verfassung verbrieft Immunität schützen? -

SPD. Stuttgart, 30. Dezember (Eig. Dr.)

Das Erweiterte Schöffengericht in Tübingen hatte sich mit zwei Säbelduellen zu befassen. In einem Falle standen sich ein Rechtsanwalt aus Rottweil und ein Arzt aus Balingen, im zweiten Fall ein Referendar aus Tübingen und ein Student aus Berlin gegenüber. Gefochten wurde in Verbindungshäusern. Bei dem Säbelduell zwischen Rechtsanwalt und Arzt wurde einer der Beteiligten verletzt. Die Regeln für den Zweikampf wurden vorher genau vereinbart. Das Urteil lautete gegen den Rechtsanwalt und den Arzt auf je $3\frac{1}{2}$ Monate Festungshaft, gegen die beiden anderen Duellanten auf je 3 Monate Festungshaft. Die Hausmeister und die Sekundanten erhielten Geldstrafen.

Das württembergische Landesorgan des Zentrums bemerkt zu diesem Urteil: "Zuchthaus oder Gefängnis wären für solchen Unfug doch angemessener." Es muss doch die Frage aufgeworfen werden, warum der zum Zentrum gehörende Justizminister Dr. Beyerle die Staatsanwaltschaft nicht angewiesen hat, Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen zu beantragen, denn in beiden Prozessen hat der Antrag des Staatsanwaltes nur auf Festungshaft gelautet. Und warum werden die studentischen Verbindungen nicht für aufgelöst erklärt, die ihre Häuser für solchen "Unfug" hergegeben haben?

SPD. Wien, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Vaugoin hat noch vor ihrem Rücktritt den in seinem Prozess gegen die Arbeiter-Zeitung so schmähdlich gebrandmarkten Vizebürgermeister von Graz Strafella - der Richter hatte bekanntlich den Wahrheitsbeweis für die Beschuldigung des "inkorrekten und unreinen" Vorgehens als erbracht erklärt - zum Generaldirektor der Bundesbahnen ernannt und Herr Strafella hat sich auch damals Gehalt und lebenslängliche Pension gesichert. Jetzt beginnt er den Kampf gegen die Eisenbahner, für den ihn ja die Heimwehrregierung ernannt hatte. Der Eisenbahnerkongress, über dessen Eröffnung wir kürzlich berichtet hatten, hat sich im Wesentlichen mit der Frage beschäftigt, wie die von Herrn Strafella geplanten Attentate gegen die Rechte der Eisenbahner abgewehrt werden sollen. Sowohl in der Eröffnungssitzung, wie auch in den internen Beratungen wurde den Eisenbahnern die Sicherheit geboten, dass die ganze österreichische Arbeiterschaft, Gewerkschaften wie sozialdemokratische Partei, in ihrem Kampfe hinter ihnen stehen werden.

Nun hat Herr Strafella den Kampf aufgenommen und hat mit dem Hinweis auf einen angeblichen Arbeitsmangel in den Bundesbahnwerkstätten, in denen gegenwärtig gegen 10 000 Arbeiter beschäftigt sind, den Entschluss kundgegeben, zu Neujahr etwa tausend Werkstättenarbeiter zu beurlauben, was für die betroffenen Arbeiter den Verlust eines Drittels ihres Einkommens und verschiedener Nebengebühren bedeutet. Die Personalvertretung der Eisenbahner hatte wohl einstimmig, also mit den Stimmen nicht nur der freigewerkschaftlichen Mehrheit, sondern auch der deutschnational-christlichsozialen Minderheit beschlossen, den Vorschlag der Generaldirektion abzulehnen. Trotzdem und obwohl solche Verfügungen nach dem Gesetz nur mit Zustimmung der Personalvertretung erlassen werden können, hat Herr Strafella einen Erlass hinausgegeben, dass am ersten Jänner mit den Beurlaubungen der Arbeiter in den Bundesbahnwerkstätten zu beginnen ist.

SPD. Wesselburen, 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die Urheber der Anschläge gegen die Wohnungen des Amtsvorstehers und des Bürgermeisters in Wesselburen sind noch nicht ermittelt worden. Wen man hinter den geworfenen Handgranaten zu suchen hat, ergibt sich jedoch aus dem aufgefundenen Zettel, dessen eine Inschrift lautet: "Ein Weihnachtsgruss im Sinne von Klaus Heim und bestimmt für diejenigen, die uns von Haus und Hof vertreiben wollen." Interessant ist, dass zur gleichen Zeit, in der die Freunde

von Klaus Heim Weihnachtsgrüsse mit Handgranaten warfen, ein Begnadigungsgesuch für Klaus Heim an den preussischen Justizminister abgegangen ist, in dem gebeten wird, die über Klaus Heim verhängte Zuchthausstrafe in Festungshaft umzuwandeln. Also einmal Attentate gegen Behörden, das anderemal Bittgesuche. Das heisst man revolutionären Kampf gegen das System!

SPD. Die Serie der letzten Filmverbote hat die öffentliche Aufmerksamkeit auf die von Herrn Hugenberg beherrschte Ufa gelenkt. Der Eindruck, dass die Praxis der Filmzensur von heute ein Monopol der Hugenberg'schen Ufa für historisch-politische Filme begünstigt, ist sehr weit verbreitet. In diesem Zusammenhang beschäftigt sich auch der nationalsozialistische "Angriff" mit der Ufa. Herr Goebbels stellt fest, dass die Ufa in der Öffentlichkeit als "nationales Filmunternehmen" gelte. Er hat jedoch Bedenken und so äussert er:

"Es macht jedoch den Anschein, dass die Ufa davon überzeugt ist, dass das Adjektiv "national" mehr dazu dient, bequem Geschäfte zu machen als zu einem bestimmten charakterlichen Handel zu verpflichten."

Herr Goebbels begrüsst zwar den Fridericus-Film, aber er tadelt, dass die Ufa-Jahresschau für 1930 nicht den Aufmarsch der Hitlerschen SA. und des Stahlhelm zeige, dass sie nicht die Ermordung von SA-Männern im Bilde vorführe. Die Ursache für diesen Mangel erblickt er darin, dass es "in der nationalen Ufa von Juden nur so wimmelt". Diese Vorwürfe richtet er vor allen Dingen gegen die Hugenbergpresse. Der Filmkritiker des Scherlverlags, Alfred Rosenthal, der unter dem Pseudonym "Aros" schreibt, hat es ihm besonders angetan. Herr Goebbels fordert von Herrn Hugenberg sehr energisch, dass er diese Missstände abstelle :

"Das Scherlhaus und die Ufa müssen sich entscheiden. Das hier soll eine erste Warnung und Mahnung sein. Wir werden die weitere Arbeit der Ufa mit Aufmerksamkeit, aber auch mit ernster Strenge verfolgen."

Goebbels, Herrn Hugenberg mit ernster Strenge drohend, das ist ein Schauspiel für Götter! Es geschieht Hugenberg und den Seinen ganz recht, dass sie in diese erbärmliche Haltung den nationalsozialistischen Maulaufreissern gegenüber geraten sind. Wenn Herr Hugenberg nicht so funktioniert wie die Lärmmacher befehlen, dann riskiert er, dass auch bei ihm die weissen Mäuse tanzen und die Stinkbomben platzen. Immerhin können die um Goebbels sich darauf verlassen, dass sie mächtige Bundesgenossen haben. Denn wie die letzten Ereignisse gezeigt haben, tanzt auch die Oberfilmprüfstelle nach der Pfeife der nationalsozialistischen Mäusejäger.

Auch dies Satyrspiel kennzeichnet die politische Stellung der Ufa und die Rolle, die ihr zugeordnet ist. Es muss mit allem Ernst die Frage erhoben werden, ob wirklich Reichsministerien es mit ihrer Würde für vereinbar halten, wenn sie durch ihr Verhalten politisch-historischen Filmwerken gegenüber praktisch ein Monopol der rechtsradikalen Ufa für diese Filmgattung fördern.

SPD. Die Vereinigung für Handel und Industrie bei der Deutschen Volkspartei Berlin hat sich wie üblich an sogenannte Wirtschaftsführer um finanzielle Subventionen gewandt. Ueber diese Tatsache höhnt das nationalsozialistische Organ in Berlin. Es spricht von "der Kunst des Schnorrens". Die Volkspartei schnorrt tatsächlich, aber sie begnügt sich wenigstens damit, Briefe zu schicken. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei jedoch schickt Herrn Hitler im Frack als commis voyageur bei der Schwerindustrie umher, damit er dort persönlich um Subventionen für die Kasse seiner Partei bittstellen soll. Der Hohn über die schnorrende Volkspartei ist nur ein Konkurrenz-

manöver jener sogenannten "Arbeiterpartei", die die Gelder der Schwerindustrie in ihre eigene Tasche lenken will. Es wird im übrigen versichert, dass Hitler im Frack bei solchen Gelegenheiten allerhand Demütigungen über sich ergehen lassen muss.

SPD. Bei einem "Deutschen Abend" in Mehrow bei Berlin am 4. Mai 1930 hatte eine Gruppe von Nationalsozialisten vom "Sturm Horst Wessel" ein in dem grossen Saal der Gastwirtschaft befindliches Bild des Reichspräsidenten v. Hindenburg herausgeholt, im Garten an einen Baum genagelt und dann dem Bild die Augen ausgestochen und dabei fiel der Ausdruck: "Nieder mit dem Verräter!" Gegen die Täter wurde Strafantrag gestellt und der Oberstaatsanwalt beim Landgericht III Berlin teilt mit, dass nunmehr gegen die Nationalsozialisten Guentz und Genossen Anklage erhoben wurde.

SPD. Wien, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Nationalrat hat heute die Vorlage über die Verlängerung des Gesetzes über die Notstandsunterstützungen für die Arbeitslosen bis zum 25. Januar angenommen. Anträge der Sozialdemokraten auf Verlängerung bis 31. Dezember 1931, eventuell im Sinne der ursprünglichen Vorlage bis zum 31. Mai wurden abgelehnt. In der Debatte kam es zu einem durch den Abgeordneten Starhemberg provozierten Skandal. Als nämlich der christlichsoziale Abgeordnete Kunschak in seiner Rede erwähnte, dass eine Gesellschaft, die gewisse ehemalige habsburgische Güter verwaltet und an deren Spitze der sozialdemokratische Vizebürgermeister von Wien Emmerling steht, ständig ein Defizit habe, machte Starhemberg eine Geste des Stehlens. Die Sozialdemokraten protestierten sofort dagegen und nannten Starhemberg einen Verleumder und Lausbuben. Nach der Rede des Abgeordneten Kunschak erklärte der christlichsoziale Vorsitzende Ramek, Starhemberg bestreite, eine Geste des Stehlens gemacht zu haben. Die sozialdemokratischen Abgeordneten nahmen diese Erklärung mit dem Rufe: "Jetzt kneift er aus" entgegen. Das Haus ging dann in die Ferien.

SPD. Wien, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Konflikt bei den Bundesbahnen ist beigelegt, da der Handelsminister anordnete, dass zunächst Verhandlungen mit der Personalvertretung geführt werden müssten.

SPD. Paris, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

In einem recht pessimistischen Artikel über die politische Lage in Deutschland glaubt der "Temps" die Befürchtung aussprechen zu können, dass Hitler und sein Anhang augenblicklich noch lange nicht den Höhepunkt ihrer Gefährlichkeit erreicht hätten. Die bürgerlichen Parteien seien von dem Erfolge Hitlers direkt fasziniert und fielen seiner Anziehungskraft immer mehr zum Opfer. Die Sozialdemokratie aber, so fährt der "Temps" in seinen Betrachtungen fort, laufe die schwere Gefahr, dass sie aus ihrer wichtigsten Verteidigungsstellung, aus der preussischen Regierung von den Hitlerleuten verdrängt werden könnte. Selbst wenn der Stern Hitlers jetzt schon verblasen sollte, wozu trotz der unvernünftigen Demagogie und trotz der Doppelzüngigkeit der praktischen Politik Hitlers kein Anzeichen vorliege, könnten die Hitlerleute bei den Neuwahlen in Preussen in zwei Jahren genügend Sitze erobern; um die schwache Regierungsmehrheit Brauns zu vernichten. Sicherlich blieben die So-

zialdemokraten auch dann noch stark genug, um, gestützt auf die mächtige Organisation der Gewerkschaften, einer faschistischen Reaktion in Deutschland auf sozialem und vielleicht auch auf politischem Gebiet siegreichen Widerstand zu leisten. Aber sie würden doch immer mehr in die Verteidigung gedrängt werden. Eine Hoffnung allerdings bestehe noch, so schliesst der "Temps", und die scheine auch vom Ministerpräsidenten Braun, der Preussen nun schon zehn Jahre energisch und erfolgreich verwalte, geteilt zu werden, dass nämlich in der Frist von zwei Jahren bis zu den Neuwahlen in Preussen sich manches auch in Deutschland gewaltig ändern könnte.

SPD. Hannover, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Zu den vielen Konflikten und Prozessen, die auf die Halsstarrigkeit des welfischen Oberbürgermeisters und seines rechtsgerichteten Magistrats zurückzuführen sind, ist jetzt ein neuer hinzugekommen. Die ständigen Kollegien hatten kürzlich beschlossen, zur Deckung eines Defizits von 1,7 Millionen Mark die Gewerbesteuer auf 625 % vom Ertrage und 900 % vom Kapital zu erhöhen und 20 % Zweigstellensteuer zu erheben. Trotz der Genehmigung dieser Steuern durch den Bezirksausschuss lehnte das Preussische Innenministerium in Uebereinstimmung mit dem Ministerium für Handel und Gewerbe und dem Wohlfahrtsministerium jede Erhöhung der Gewerbesteuer ab und erklärte die Beschlüsse für null und nichtig. Es wurden gleichzeitig zwei Staatskommissare eingesetzt, die zur Deckung des Defizits die Biersteuer verdoppelten und die Neueinführung einer Schenkverzehrersteuer anordneten. Jetzt hat aber gestern der Bezirksausschuss diese Steuern abgelehnt und der Stadt Hannover sind durch das Eingreifen der Preussischen Regierung die Mittel verloren gegangen, die sie zur Durchführung wichtiger Beschlüsse brauchte. Der Oberbürgermeister hat infolgedessen die Einstellung sämtlicher laufender Neubauten und Strassenbauten angeordnet.

SPD. Paris, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Trotz der vollkommenen Hoffnungslosigkeit seines Zustandes hat Marschall Joffre auch am Dienstag noch dem Tode siegreichen Widerstand zu leisten vermocht. Zwar habe er, wie einer seiner Ärzte sich ausdrückte, von Zeit zu Zeit kleine strategische Rückzüge vor den Angriffen des Todes unternehmen müssen, doch habe er den verlorenen Boden immer wieder siegreich zurückerobert. Ein amtliches Kommuniqué, das am Dienstag-Nachmittag ausgegeben wurde, erklärt, dass der Marschall wieder vollkommen bei Bewusstsein sei, dass er mehrfach Nahrung zu sich genommen und sich mit seiner Umgebung in voller Klarheit unterhalten habe. Mit dem Militärgouverneur von Paris, Gouraud, unterhielt sich der Kranke mehrere Minuten lang über gemeinsame Erinnerungen aus der Leutnantszeit.

SPD. Paris, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am Dienstag bei der Einfahrt zum Flugplatz Villacoublay in der Nähe von Versailles. Zwei Arbeiteromnibusse stiessen miteinander zusammen. Fünf Arbeiter wurden lebensgefährlich verletzt und in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus geschafft; acht weitere kamen mit leichteren Verletzungen davon.

SPD. Paris, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der französische Fischereidampfer "Ecureuil" ist in der Nähe von Bordeaux im Sturm gegen die Küste geworfen worden. Von den 14 Mann der Besatzung konnten 12 gerettet werden, zwei Matrosen ertranken. Der Dampfer ist von den Wellen vernichtet worden.

SPD. Reichspräsident und Reichswehrminister veröffentlichen folgende Kundgebung an die Wehrmacht: "Am 1.1.1931 besteht die Reichswehr ein Jahrzehnt in der Form, die ihr der Vertrag von Versailles bestimmte. In Zeiten tiefster vaterländischer Not wurde sie unter meinem Amtsvorgänger geschaffen. Trotz aller ihr auferlegten Fesseln hat sich die Wehrmacht als Hort des äusseren und inneren Friedens, als eiserne Klammer des Reichs und als feste Stütze des Staats erwiesen. Das ihr zu treuen Händen übergebene Erbe der alten Armee und Marine hat sie gut verwaltet. Ich danke der Wehrmacht für die Arbeit dieses Jahrzehnts und entbiete ihr meine herzlichsten Wünsche zum neuen Jahr. Möge sie weiterhin ihre Ehre darin setzen, in Gehorsam und treuer Pflichterfüllung dem Vaterlande zu dienen.

SPD. München, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

In einer Neujahrsbotschaft "An das bayerische Volk" erhebt der geschäftsführende Ministerpräsident Dr. Held zur Ueberwindung der politischen und wie er meint auch der wirtschaftlichen Schwierigkeiten seine altbekannten föderalistischen Forderungen für eine Reichsreform. Die angeblichen Mängel des deutschen Verfassungswesens sieht er darin, dass der Unterbau des Reiches einseitig auf dem Reichstag ruht, der kein genügendes Fundament für eine starke Reichsgewalt zu bilden vermöge. Hier allein liege der schwache Punkt des derzeitigen Reichsbaues und deshalb müsse gefordert werden 1) Erhebung des Reichsrats zur gleichberechtigten zweiten gesetzgebenden Kammer nach dem Vorbild des alten Bundesrates, 2) Gewährleistung einer grösseren Stetigkeit der Reichsregierung, 3) Ausbau der ordentlichen verfassungsrechtlichen Machtvollkommenheiten des Reichspräsidenten etwa nach dem Vorbild des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

SPD. Die Praxis der Filmprüfungsstellen in der letzten Zeit hat wie eine Sicherung eines Ufafilmmonopols in Deutschland gewirkt. Es stellt sich nun heraus, dass dies praktische Monopol auch noch durch andere Einrichtungen gesichert ist.

Seit dem 15. Juni 1930 besteht ein Kontingenzgesetz. Nach diesem Gesetz muss jeder ausländische Film der Aussenhandelsstelle vorgelegt werden, dann hat das Gesuch um ein Kontingent zu erfolgen und schliesslich wird das Reichsinnenministerium gefragt, ob es gegen die Einführung des Films etwas einzuwenden habe.

Die Prometheus-Filmgesellschaft wollte nun einen russischen Propagandafilm: - 200 Meter Tonfilmaufnahmen aus dem Ramsinprozess - nach Deutschland einführen. Das Reichsinnenministerium, dem der Antrag auf Grund des Kontingenzgesetzes vorgelegt wurde, lehnte den Film ab mit der Begründung, dass er die für Aktualitäten zugestandene Menge von 50 Metern übersteige. Auch in diesem Falle wirkt die Ablehnung wie ein Zensurverbot, das in Wahrheit aus inhaltlichen Gründen ergangen ist. Es ist unerfindlich, warum dieser Film nicht nach Deutschland zugelassen werden soll. Die deutsche Öffentlichkeit hätte auf Grund dieses Films die Möglichkeit, sich selbst einen Eindruck zu bilden, und nach allen Berichten über den Ramsinprozess würde dieser Film alles andere

als werbend für die russischen Propagandamethoden gewirkt haben. Ein solcher Film ist auf alle Fälle ein Zeitdokument von grossem historischen Wert. Seine Nichtzulassung spricht für Mangel an historischem Sinn, sie ist geradezu ein Akt der Vogel Strauss-Politik vor der Wirklichkeit. Wenn die russische Propaganda glaubt, mit der Justizkomödie von Moskau in Deutschland werbend zu wirken, so muss sie die Intelligenz der deutschen Bevölkerung verflucht niedrig einschätzen. Hatte das von Herrn Wirth geleitete Reichsinnenministerium es nötig, die Russen in dieser falschen Auffassung zu bekräftigen?

Es lässt sich zudem nicht der Eindruck verwischen, dass hier im Effekt wieder einmal das Ufamonopol künstlich gestützt worden ist!

SPD. München, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Erfüllung der Verpflichtungen, die den Ländern durch die Notverordnung des Reichspräsidenten auferlegt wurden, hat der bayerische Ministerrat durch Erlass einer Verordnung die 6%ige Gehaltskürzung der Beamten mit Wirkung vom 1. Februar 1931 ab auf die Dauer von 3 Jahren beschlossen. Da in Bayern die Minister und Staatssekretäre grundsätzlich nicht versorgungsberechtigt sind, ist auch ihr Gehalt in die 6prozentige Kürzung mit einbezogen. Ebenso werden auch die staatlichen Ergänzungseinkommen der Seelsorgegeistlichen um den gleichen Betrag gekürzt, was annähernd die Summe von 2 Millionen Mark pro Jahr ausmacht. In denjenigen Fällen, in denen die angeordnete Kürzung wegen der entgegenstehenden wohlverordneten Rechte nicht durchführbar ist, wird eine Ausgleichsabgabe in gleicher Weise erhoben, die mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung bzw. § 64 der bayerischen Verfassung und der Notwendigkeit der Behebung finanzieller Notstände sowie der Schaffung eines Ausgleiches begründet ist.

SPD. Mainz, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Mainz, dem Ort seiner frühesten politischen Wirksamkeit, hier wo er seine Wahlheimat gefunden hatte, wo er auch seine letzte Ruhe zu finden wünschte, wurde Eduard David am Dienstag nachmittag beigesetzt.

Die Liebe und Verehrung der engeren Parteigenossen, das grosse Ansehen, das David auch in den übrigen Bevölkerungskreisen besass, drückte sich aus in der ungeheuren Beteiligung an seinem Leichenbegängnis. Seit Jahren, ja seit Jahrzehnten hat Mainz eine solche Beerdigung nicht mehr gesehen. Tausende im Trauerzug, viele Tausende auf den Strassen. Kurz nach zwei Uhr nachmittags setzte sich vom Schlossplatz aus der Zug der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen nach dem Bahnhof zu in Bewegung. Dumpfe Trommelwirbel und die Klänge des Chopin'schen Trauermarsches klangen durch die Strassen. Um 3/4 3 Uhr wurde am Bahnhof der Sarg in Empfang genommen. Sechs Schupobeamte trugen den Sarg aus dem Waggon zum Leichenwagen. Reichsbannerkameraden mit brennenden Fackeln bildeten Spalier. Von dort aus bewegte sich dann der eigentliche Trauerzug zum Krematorium. Eine unendliche Menschenmenge umsäumte den Bahnhofsplatz. Dem Trauerzug voran schritt das Reichsbanner, eine Hundertschaft Schupo und die Fahnengruppen der Gewerkschaften und Arbeitervereine. Dann folgte der Leichenwagen, dahinter die nächsten Angehörigen, die Vertreter der Mainzer Parteiorganisation, die gesamte Stadtratsfraktion, die Parteivertreter aus dem ganzen Lande Hessen, die Jugend, die Vereine und dann die grosse Zahl der übrigen Leidtragenden. Gegen 1/4 4 Uhr langte die Spitze des Zuges am Krematorium an. Nur ein kleiner Teil der Trauergäste konnte im Garten des Krematoriums Platz finden und so Zeuge der tiefen, eindrucksvollen Trauerfeier werden. Der Sarg, mit einer roten und einer schwarzrotgoldenen Flagge bedeckt, wurde am Eingang wiederum von Schupoleuten bis an das Krematoriumsgebäude getragen und dort aufgestellt. Unter dem sich sonnig aufhellenden Winterhimmel

nahmen die Mainzer und die hessischen Parteifreunde Abschied von ihrem toten Freund und Führer.

Als erster widmete ihm sein langjähriger Freund und Kampfgenosse, Staatspräsident Dr. Adelong tief empfundene Worte. Es schein nicht fassbar, sagte er, dass dieser Mund verstummt sei, dass dieses Herz stille stehe, das so warm für die Unterdrückten und Enterbten geschlagen habe. Adelong knüpfte an die Worte des Reichswehrministers Groener bei der Berliner Trauerfeier für David an und nannte ihn einen Patrioten im edelsten Sinne des Wortes, der aber gleichwohl mit Mut und Energie Bande internationalen Verstehens zu allen Völkern zu knüpfen suchte. Dann gedachte Adelong der grossen Verdienste, die sich David um seine engere Heimat, das Hessenland, besonders in der Besatzungszeit erworben habe. Der Staatspräsident legte im Namen der hessischen Regierung, die übrigens vollzählig bei der Beisetzung vertreten war, einen herrlichen Kranz nieder.

Der Mainzer Oberbürgermeister Dr. Külb drückte in einer herzlichen Ansprache den Dank der Stadt Mainz aus für die grossen Dienste, die David der Stadt geleistet hat. Mainz sei ihm zur zweiten Heimat geworden und hier wölte er auch seine Ruhe finden. "Ich gehöre zu den Mainzern, und deshalb will ich auch wieder zurück zu meinen Mainzern". In diesen seinen eigenen Worten drückte sich seine tiefe Verbundenheit mit Mainz aus. Dr. Külb zollte auch den glänzenden Geistesgaben und der seltenen Bildungshöhe Davids höchste Anerkennung. Mit dem Gelöbnis, das Andenken Davids in treuem Gedenken zu halten, legte der Oberbürgermeister im Namen der Stadt Mainz einen Kranz nieder.

Für den republikanischen Reichsbund sprach Reichstagsabgeordneter Hildenbrand, der gleichzeitig einen Kranz niederlegte. Er hob besonders hervor, dass sich die Trauer um den Toten nicht auf den Kreis der Partei beschränke, sondern weit darüber hinausgreife. Hildenbrand würdigte insbesondere die internationale Tätigkeit Davids in der interparlamentarischen Union, und er forderte, dass man David dadurch ehre, dass man in seinem Geistes weiterarbeite.

Landtagsabgeordneter Kaul widmete für die hessische sozialdemokratische Landtagsfraktion dem Toten den letzten Blumengruss mit einer kurzen Ansprache in der er den Stolz der Fraktion hervorhob, dass David jahrelang ihr Freund, Mitkämpfer und Führer gewesen sei.

Kränze legten mit kurzen Ansprachen weiter nieder Widmann für die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hessens, Parteisekretär Freitag für die sozialdemokratische Organisation von Gross-Mainz und Rheinhessen, Thomas für die Mainzer Gewerkschaften und für die Mainzer Konsumgenossenschaft, deren Gründer Eduard David war, Landtagsabgeordneter Storch für den Gau Hessen des Reichsbanners und Reuter für das Mainzer Reichsbanner. Dann folgten die Sportorganisationen und die Arbeitervereine, auswärtige Parteiorganisationen und zahlreiche andere Kranzspenden.

Wieder ertönte Chorgesang. Dann wurde unter den Klängen der Trauermusik der Sarg in das Innere des Krematoriums getragen und der Leib Eduard Davids den Flammen übergeben. Die Mainzer Parteigenossen und die Bevölkerung haben in grossartigster Weise ihren Dank an Eduard David abgestattet. Aus ihrem Gedächtnis wird er nie entschwinden!

SPD. Wien, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Noch am Abend trat der bundesrat zusammen und schloss sich dem Beschluss des Nationalrates auf Verlängerung der Notstandsunterstützungen bis zum 25. Januar an. Damit ist das Gesetz, das der Ministerrat gestern als Ausweg aus der drohenden Krise vorgeschlagen hatte, verfassungsmässig beschlossen und die Möglichkeit geschaffen, Verhandlungen über den Finanzausgleich und über eine definitive Regelung der Notstandsunterstützungen, die gestern zu einer schweren Krise zu führen schienen, zu Ende zu führen. Der Bundesrat gab dann auch dem Handelsvertrag mit Deutschland seine verfassungsmässige Zustimmung.

SPD. Wien, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Hauptverband der Industrie hat heute einen Protest beschlossen gegen den auf Antrag der Sozialdemokraten vom Nationalrat gefassten Beschluss, die Regierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Stilllegung von Grossbetrieben an behördliche Genehmigung gebunden werden soll. Die Scharfmacher der Industrie erklärten diesen Beschluss als Rückfall in die Mentalität der Umsturzeit.

SPD. London, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern in Südwaales sind gescheitert. Die Grubenbesitzer verlangen, dass die bisherigen Arbeitsbedingungen beibehalten werden. Nach diesen wird an zehn Tagen acht Stunden, am elften Tage sieben Stunden gearbeitet; der zwölfte Arbeitstag fällt aus. Den vom nationalen Kohlenrat vorgeschlagenen Kompromiss haben die Unternehmer abgelehnt, obwohl diese Regelung gegenüber der vorläufigen, von den Gewerkschaften kürzlich angenommenen, ein Zugeständnis an die Grubenbesitzer darstellt. Der nationale Kohlenrat hatte vorgeschlagen entweder an fünf Tagen sieben Stunden 36 Minuten und am Sonnabend 7 Stunden arbeiten zu lassen oder an fünf Tagen 7 Stunden und 40 Minuten und am Samstag 6 Stunden 40 Minuten. Die Vertreter der Gewerkschaften sind am Dienstag nachmittag zusammengetreten um über ihr weiteres Verhalten Beschluss zu fassen. Bis zum Ablauf des gegenwärtig geltenden Arbeitsabkommens bleiben allerdings nur noch 24 Stunden zu Verhandlungen übrig. Die Aussichten auf eine Einigung sind gering.

In Schottland ist die Lage weniger dringend, da dort bis zum 1. Februar ein vorläufiges Abkommen läuft.

SPD. Bochum, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes haben heute abend folgenden Aufruf erlassen :

An die Ruhrbergleute! Die Schlichtungsverhandlungen über die von den Zechenbesitzern geforderte 12prozentige Lohnkürzung sind gescheitert. Der Zechenverband gibt bekannt, dass die Grubenverwaltungen des Ruhrbergbaues nunmehr die Kündigung aller Arbeitsverträge zum 15. Januar 1931 aussprechen werden, um die geplante Lohnkürzung zu erreichen. Wir fordern hiermit alle Bergarbeiter auf, keine neuen Arbeitsverträge mit gedrückten Löhnen abzuschliessen. Es gilt jetzt, einig und geschlossen zusammenzustehen. Nur den Anordnungen der unterzeichneten Bergarbeiterverbände ist Folge zu leisten. Bochum und Essen, den 30. Dezember 1930. Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter (Hirsch-Duncker) Abteilung Bergarbeiter. Polnische Berufsvereinigung Abteilung Bergarbeiter.

SPD. New York, 30. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten ist im Steigen begriffen. Diese Feststellung macht Fräulein Grace Abbott, die Vorsitzende der amerikanischen Vereinigung zum Schutze der Kinder. In 60 Städten wurden im Jahre 1929 nicht weniger als 220 087 Zertifikate für arbeitende Kinder im Alter von 14 bis 18 Jahren ausgegeben gegenüber 150 000 im Jahre 1926. Diese Zahlen schliessen diejenigen Kinder nicht ein, die in häuslichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind. Die grössten Misstände herrschen dort, wo es sich um industrielle Teilarbeit handelt. Ihr Umfang ist am schwierigsten festzustellen.

SPD. London, 30.Dezember (Eig.Drahtb.)

Zwischen den Unternehmern der Maschinenindustrie und den Vertretern von etwa 50 englischen Gewerkschaften findet Ende Januar ein Zusammentreffen statt. Diese Konferenz, die grösste ihrer Art, ist auf Veranlassung der Unternehmer vereinbart worden und wird sich mit dem ganzen Fragenkomplex der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Maschinenindustrie befassen.

SPD. Bochum, 30.Dezember (Eig.Drahtb.)

Das "Ruhrecho" von heute stellt die Behauptung auf, dass der Reichsarbeitsminister Stegerwald in einem Winterkurort des Sauerlandes an Weihnachten mit den Führern des Christlichen und des Freien Bergarbeiterverbandes zusammengetroffen sei und dass dort eine grundsätzliche Einigung über den Lohnabbau im Ruhrbergbau erfolgt sei. Der Ausgang der heutigen Verhandlungen beweist schon allein die Lügenhaftigkeit dieser Meldung.

SPD. Köln, 30.Dezember (Eig.Drahtb.)

Für die Fuhrleute im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe wurde ein Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau von vier Prozent bringt.

Ein Schiedsspruch für das Kölner Speditions- und Transportgewerbe bringt einen Lohnabbau von 5,3 Prozent.

Für die Fabrikarbeiter der Solinger Industrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, der ab 1. Februar 1931 die Tariflöhne um sechs Prozent senkt.

SPD. Wissen (Sieg), 30.Dez. (Eig.Dr.)

Die Alfred-Hütte in Wissen wird am 1. Februar 1931 stillgelegt. Als Grund wird Absatzmangel angegeben. Entlassen werden 300 Arbeiter und Angestellte.

SPD. Bochum, 30.Dezember (Eig.Drahtb.)

In Horst ärgerte sich ein Erwerbsloser derart über seinen Leichtsin, der ihn verführt hatte, über den Durst zu trinken, dass er sich mit einer Schere lebensgefährliche Verletzungen in der Magengegend beibrachte, denen er im Krankenhaus erliegen dürfte.

SPD. Köln, 30.Dezember (Eig.Drahtb.)

Die städtische Verwaltung hat sämtliche Tarifverträge der städtischen Arbeiter und Strassenbahner zwecks Herabsetzung der Löhne zum 31. Januar 1931 gekündigt. Von dieser Massnahme werden u.a. rund 9 000 Arbeiter und 3 000 Strassenbahner, insgesamt rund 13 000 Personen betroffen.

SPD. Köln, 30.Dezember (Eig.Drahtb.)

Der Schiedsspruch in der Kölner Metallindustrie wurde von der Vertreterversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegen eine zahlenmässig ziemlich starke Minderheit angenommen. Der Schiedsspruch bringt eine Lohnsenkung von etwa 4½ Prozent. Dagegen haben die Arbeitgeber den Schiedsspruch abgelehnt, haben aber am Dienstag eine Anweisung an ihre Mitglieder herausgegeben, in den Betrieben die Arbeitsverhältnisse zum 31. Dezember 1930 zu kündigen.

Den Arbeitern wird ein neues Arbeitsverhältnis angeboten, nach dem die bisherigen Tarif-Mindestlöhne um sechs Prozent, die Akkorde um zehn Prozent herabgesetzt werden sollen. Die Arbeiter, die am 1. Januar 1931 ihr Arbeitsverhältnis fortsetzen, erklären sich mit der neuen Regelung einverstanden. Die Arbeiter, die sich mit dieser Massnahme nicht einverstanden erklären, gelten als entlassen bzw. als ausgesperrt. Es bleibt abzuwarten, ob es nicht wegen dieser rigorosen Massnahme der Kölner Arbeitgeber zu schweren Arbeitskämpfen kommt.

SPD. Brüssel, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Berichterstatter des "Soz. Pressedienst" hatte Gelegenheit, heute bei Vlissingen in der Scheldemündung den belgischen Ozeandampfer "Thysville" zu besteigen und den Rest der Reise bis Antwerpen in Gesellschaft des spanischen Fliegers und Revolutionärs Franco mitzumachen, der nach dem Fehlschlagen des Aufstandes von der Madrider Lufthalle nach Portugal flog, um sich dann von Lissabon aus nach Belgien einzuschiffen. Franco, dessen aus einer feldgrünen Soldatenhose, einem Zivilrock und Reiserock bestehender Anzug einen merkwürdig improvisierten Eindruck machte, war bester Laune und voller Hoffnung für den baldigen Sieg der spanischen Revolutionsbewegung. Er gab Gründe für seine Zuversicht und sprach auch offen über die Ursachen des vorläufigen Fehlschlages.

Vom politischen Gesichtspunkt aus, so äusserte er sich, war die Bewegung vorzüglich vorbereitet worden. Ihre Grundlage war der sogenannte Pakt von San Sebastian zwischen den spanischen Revolutionären und den katalanischen Autonomisten, auf der Basis der föderalen Republik. Die Sympathien der ganzen Bevölkerung waren nicht zweifelhaft. Tatsächlich unterstützten nur die hohe Geistlichkeit und die Kirchenfürsten, die hohen Offiziere der Armee, insbesondere der Artillerie, ferner die Aristokratie, die Grossbourgeoisie und die Finanz das monarchistische System. Das Volk in Stadt und Land, die freien Berufe, ein grosser Teil des niederen Klerus und selbst der Armee sind gegen die Monarchie.

Aber die Bewegung schlug fehl infolge der ungenügenden technischen Vorbereitungen. Der verfrühte Aufstand in Jaca ermöglichte es der Regierung, Gegenmassnahmen zu treffen, darunter namentlich auch die Verhaftung aller republikanischen und revolutionären Führer in Madrid, gerade an dem Tage vorzunehmen, bevor der Aufstand in der Hauptstadt ausbrechen sollte. In Abwesenheit der Führer konnte der geplante Generalstreik, auf den die Aufständischen unbedingt gerechnet hatten, nicht ordnungsgemäss proklamiert und restlos durchgeführt werden. Das ist nach Franco der eigentliche Grund der Niederlage.

Mit sichtlicher Zufriedenheit und Stolz erzählt Franco, wie er einige Wochen vor dem Madrider Aufstand aus dem Militärgefängnis in Madrid entkam. Alles war sehr sorgfältig vorbereitet und sogar mehrfach erprobt worden. Franco hatte bemerkt, dass der Gefängniskorridor des Nachts unbewacht blieb. Es gelang ihm, mit Hilfe von falschen Schlüsseln in die Gefängniskapelle einzudringen und das dort befindliche Eisengitter mit einem eingeschmuggelten Werkzeug durchzusägen. Jedesmal, wenn ein Teil Arbeit vollendet war, bestrich Franco den Einschnitt mit schwarzem Wachs um ihn unsichtbar zu machen. Als es endlich so weit war, kam Rada, sein Mechaniker, der die Verbindung zwischen ihm und der Aussenwelt herstellt, und ihm in jeder Weise behilflich war, um 2½ Uhr nachts in einem Auto angefahren und blendete den einzigen Wachtposten auf der Strasse mit der Autolaterne derart, dass Franco sich aus einer Höhe von 15 Metern mit einem Strick herablassen konnte, ohne von dem Posten bemerkt zu werden.

Franco und Rada, der ihn begleitet, gedenken einige Tage in Brüssel zu bleiben und dann vielleicht nach Paris weiterzufahren, wo sie zunächst die Ankunft der noch in Portugal internierten spanischen Fliegeroffiziere vorbereiten wollen.

Der Kommunismus in China.

Einige Schlussbetrachtungen von Emile Vandervelde.

SPD. Es geht nicht an, Reiseberichte über China abzuschliessen, ohne einige Worte über die kommunistische Frage zu sagen. Offensichtlich vermag sich die 3. Internationale von der vernichtenden Niederlage nicht zu erholen, die sie im Jahre 1927 selbst heraufbeschwor, als sie den wahnwitzigen Versuch unternahm, China zu bolschewisieren. Joffe, der erste ausserordentliche Gesandte den Moskau nach Peking entsandte, hätte die Dinge viel klarer gesehen, als er 1924 in Schanghai mit Sunyatsen zusammentraf. Was ihm der Begründer des Kuomintang damals über die Mentalität der chinesischen Massen auseinandersetzte, die den kommunistischen Theorien vollkommen abgeneigt seien, leuchtete ihm so ein, dass er gemeinsam mit ihm eine Erklärung unterschrieb, die anerkannte, dass der Kommunismus in China nicht eingeführt werden könnte.

Unter dem Vorbehalt dieser Erklärung sicherte Joffe Sowjetrußland eine sehr starke Stellung in China. Es durfte der Nationalistenpartei zivile und militärische Berater zur Verfügung stellen, und eigene Vertrauensleute in das Zentralkomitee des Kuomintang entsenden; die Russen galten in den Augen der Chinesen als die einzige Grossmacht, die ihren nationalen Forderungen günstig gesinnt waren und dadurch verschafften sie sich eine ungeheuer starke Operationsbasis in dem Weltkampf, den sie namentlich gegen den britischen Imperialismus führen. Von dieser Politik, die in ihren Anfängen von kühnen und geschickten Männern geleitet wurde, die daraus grosse Ergebnisse erhofften, bleibt heute, das muss man wohl sagen, überhaupt nichts übrig.

Die Kommunisten, die der Zellenbildung überführt wurden, flogen aus dem Kuomintang hinaus. Auch mit dem linken Flügel des Kuomintang haben sie ebenso vollkommen gebrochen wie mit Tschangkaischek und dem rechten Flügel. Die Affäre der ostchinesischen Eisenbahn und das Eindringen der Sowjets in die Montgolei haben Jungchina davon überzeugt, dass der Moskauer Imperialismus nicht weniger gefährlich sei als der Imperialismus der anderen Mächte. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der chinesischen Republik und der USSR. sind abgebrochen, das russische Generalkonsulat in Schanghai ist ein leeres, zerfallendes Haus, das ehemalige Hauptquartier von Borodin in Kanton ist einer Amerikanerin vermietet, die russischen Instrukturen der Militärschule von Wampou sind durch deutsche Offiziere ersetzt, die "roten Kadetten", die den Aufstand von 1927 leiteten, sind in die Provinzen des Inneren geflüchtet, die Gewerkschaften haben sich von kommunistischen Einflüssen befreit und scheinen sich dem IGB. zuzuwenden. Mit einem Worte: gerade in den Industriebezirken, wo eine proletarische Bewegung Aussichten hat, ist die rote Flut unzweifelhaft vollständig verebt.

Man hört zwar noch in den Fremdenkonzessionen von Schanghai von einer kommunistischen Gefahr, von unterirdischen Fortschritten der kommunistischen Propaganda unter den Massen des Proletariats; aber man erfährt bald, dass in Wirklichkeit das Wort "Kommunismus" absichtlich gebraucht wird, um alle mehr oder minder sozialistischen Ansichten zu diskreditieren und zu bekämpfen, die der Regierung nicht genehm sind. Wenn in einer Stadt wie Schanghai ein politischer Gegner beseitigt, eine Zeitung unterdrückt, eine Gruppe aufgelöst werden soll, dann behaupten einfach die Behörden, sie seien "kommunistisch".

Das gilt jedenfalls für die Städte an der Küste. In den Gebieten im Innern, südlich des Jangtseflusses, mag es wohl anders sein. Dort werden wohl im Zeichen des Kommunismus Gewalttaten verübt, Aufstände versucht und manchmal auch ganz gewöhnliche Banditenaktionen unternommen, die man bisher nicht wirksam zu unterdrücken vermochte. Und sicher ist auch, dass es dort einen sehr starken Industriebezirk gibt, den die beiden Zwillingsstädte Hankau und Wuhan bilden, wo es immer noch aktive kommunistische Elemente gibt. In diesem Be-

zirk freilich herrscht "Ordnung" und die wird durch grausame Präventivmassnahmen aufrecht erhalten, die die Todesstrafe für blasse Meinungsvergehen vorsehen.

Es ist mehr in den Agrarbezirken von Hunan und Hupeh, in Kiangtsi und Fukien, dass sich in den letzten Monaten "rote Armeen" gebildet haben, d.h. zahlenmässig starke Banden, die mehr oder minder gut bewaffnet und diszipliniert sind, deren Führer unzweifelhaft Kommunisten und sogar bekannte, meist aus Kanton stammende Kommunisten sind, deren Masse aber aus armen Bauern, aus Hungerleidern aller Art besteht, die durch den Bürgerkrieg ruiniert, durch die Requisitionen und Steuerlasten erdrückt und durch buchstäbliche Hungersnot zum Äussersten getrieben worden sind.

Man darf nämlich nicht glauben, dass überall in China die Bauern kleine Grundbesitzer sind, zwar arm, aber wenigstens Eigentümer ihres Ackers. In Wirklichkeit leidet die Agrarbevölkerung im Gebiet der Reisplantagen - d.h. gerade jener Gebiete, wo die kommunistischen oder angeblich kommunistischen Aufstände vorkommen, - entsetzlich unter der dreifachen Plage der enormen Steuern, der Wucherzinsen, die oft weit mehr als 20 Prozent betragen, und der Pachtzinsen in Geld oder in Naturalien, die ihnen den grössten Teil der Früchte ihrer Arbeit rauben. Daher weist der chinesische Professor Tatschen von der Amerikanischen Universität von Honolulu auf die Bildung von Pächterorganisationen hin, ähnlich wie die Arbeitergewerkschaften, aber viel zahlreicher und mit dem Ziel einer Agrarrevolution, die er für eine nahe Zukunft voraussagt.

Unterdessen agitieren in den Gebieten, die am meisten leiden, die Kommunisten und zetteln wahre Bauernaufstände mittelalterlichen Charakters an, von denen die Ereignisse in Tschangtsa, der Hauptstadt der Provinz Hunan, ein typisches Beispiel waren.

Wenn man den Berichten über diese Vorgänge Glauben schenken darf, sind die Kommunisten bei dieser Gelegenheit wie auch bei manchen anderen nicht gerade sanft vorgegangen. Während ihrer kurzen Herrschaft über Tschangtsa sollen sie die Gefängnisse geöffnet haben, die Plünderung systematisch organisiert, die Verwaltungsgebäude in Brand gesteckt, die Beamten, die nicht rechtzeitig flüchten konnten, geköpft, die wohlhabenden Viertel ausgeraubt und die Kulis requiriert haben, um ihre Beute ausserhalb der Stadt zu bringen, wo das Gros ihrer Truppen lagerte. All das lässt allerdings einen einheitlichen Plan vermessen und man sollte in diesen Aufständen keinen Versuch erblicken, regelrechte Sowjetrepubliken zu errichten. Tatsächlich sind die bewaffneten Banden, die man, reichlich übertrieben, als "rote Armeen" bezeichnet, sehr lockere Gebilde, die kommen und gehen, die sich zerstreuen, sobald reguläre Truppen auftauchen, und die letzten Endes ihre örtlichen Teilerfolge nur dem Versagen der Regierungstruppen verdanken, die übrigens anderswo durch den Kampf gegen Feng und Yen in Anspruch genommen waren. Deshalb muss man damit rechnen, dass, sobald die Regierung von Nanking nach dieser Seite entlastet sein wird, sie bald dieser Aufstände Herr werden wird, deren Grausamkeit die Bevölkerung mit Schrecken erfüllt.

Uebrigens ist schon jetzt überall dort, wo die Regierung das Feld behauptet hat, der Abwehrterror genau so barbarisch gewesen, wie der kommunistische Angriffsterror. Die "Chinesische Nationalrundschau" hat kürzlich geschildert, wie verhaftete Kommunisten oder angebliche Kommunisten reihenweise hingerichtet werden: Ein Soldat nähert sich den angebundenen Opfern und jagt ihnen aus einer grosskalibrigen Pistole eine Kugel in den Nacken. Dieser Vorgang wiederholt sich in kurzer Reihenfolge bis der letzte Körper leblos zu Boden gefallen ist. Jeden Abend drängt sich gegenüber dem Hinrichtungsfeld eine dichte Menschenmenge zusammen, in der Hoffnung, einer solchen Hinrichtungsszene wenigstens aus der Ferne beiwohnen zu können.

Wohlgemerkt, es handelt sich hier nicht um Aufständische, die etwa mit der Waffe in der Hand gefangen genommen wurden, sondern um Männer und Frauen, deren einziges Verbrechen darin besteht, Kommunisten zu sein oder als Kommunisten

denunziert worden zu sein, oder schlimmstenfalls kommunistische Flugblätter verbreitet zu haben!

Unter solchen Umständen ist es anzunehmen, dass die Kommunisten, nachdem die Regierung von Nanking wenigstens vorläufig mit den Rebellen im Norden fertig geworden ist, in Hankau und Tschangtsa genau so niedergeworfen werden dürften wie es mit ihnen bereits in Kanton und Schanghai geschehen ist. Aber die Ursachen, die die kommunistische Welle erzeugt haben, bleiben zumeist bestehen. Daher ist die Frage von entscheidender Bedeutung für die nächste Zukunft Chinas, ob die Bewegung der Arbeiter- und Bauernmassen die rohen Formen einer elementären Reaktion gegen die Misstände und Misshandlungen behalten wird, denen sie ausgesetzt sind, oder ob diese Bewegung sich nach der Richtung eines Klassenkampfes entwickeln wird, mehr oder minder ähnlich den Methoden in jenen Ländern, wo Demokratie und politische Freiheiten kein leeres Wort sind.

Zum Schluss möchte ich betonen, dass die Sympathie, die ich vor meiner Reise für das chinesische Volk empfand, durch meinen sechswöchigen Aufenthalt in seiner Mitte nur gesteigert worden ist. Ich weiss, dass man mir entgegen wird, dass ich nur mit einer Elite zusammengekommen sei, dass ich von Leuten freundlich empfangen wurde, die ein offenkundiges politisches Interesse daran hatten, mich gut zu behandeln. Man wird mir unter diesen Umständen entgegen, dass mein Urteil leicht wiege im Vergleich zu dem von Männern, wie Dr. Legendre oder Rodney Gilbert, dem massgebenden Wortführer des berühmten englischen Klubs von Schanghai. Letztere, die jahrelang in China gelebt haben, die die Chinesen gründlich kennen, haben in stark dokumentierten Büchern sich bemüht, nachzuweisen, dass die traditionelle Politik Chinas fremdenfeindlich und orientalistisch-hinterhältig sei, und dass obendrein die Chinesen vollkommen unfähig seien, sich selbst zu regieren.

Aber es gibt auch andere Zeugen, die ganz anderer Ansicht sind. Das sind vor allem die Missionare, die trotz aller Gefahren, denen sie dauernd ausgesetzt sind, übereinstimmend die tiefe Sympathie bekunden, die sie für die Chinesen, namentlich für das "kleine Volk" empfinden. Auch gibt es z.B. Geschäftsleute und Bankdirektoren in Schanghai, die das alte Regime gekannt, und die keineswegs nur gute Erfahrungen mit dem neuen Regime gemacht haben, und die dennoch ganz anders über China urteilen als es in Europa üblich ist, Alle bestätigen, dass trotz alledem das neue China ungeheure Fortschritte macht. Alle loben dieses geduldige und arbeitsame Volk, das in seinen Reden durchaus friedlich und ehrlich ist, und das nur das Eine wünscht: sein bisschen Reis in Ruhe geniessen zu können und nicht dauernd ausgehungert und ausgeplündert zu werden durch Gewaltmenschen, die meist gleicher Farbe sind. Wenn man bedenkt, was die Chinesen seit einem Jahrhundert erduldet haben, dann müsste man eigentlich bei ihnen noch einen viel grösseren Fremdenhass erwarten.

Die Wahrheit ist, dass China sich gegenwärtig sozusagen in den Wechseljahren befindet. In diesem Reich, das grösser und stärker bevölkert ist als Europa, beginnt das nationale Gewissen zu erwachen. Und es wird sicher noch lange dauern, bis die neue Ordnung endgültig gegründet sein wird. Aber der geistige und moralische Wert der Führer Jung-Chinas steht nicht hinter dem der europäischen Staatsmänner zurück. Es mögen im Kuomintang tiefe Gegensätze über soziale und politische Fragen und Methoden herrschen. Allen Führern gemeinsam ist aber die absolute Uneigennützigkeit, die Treue zu den Grundsätzen Sunyatsens und der Wille zur Entwicklung Chinas in der Richtung der Demokratie. In etwa zwanzig Jahren wird man aus der grösseren Perspektive der Geschichte allgemein anerkennen, dass alle diese Männer sich um die Sache der Revolution verdient gemacht haben.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Mäuschenpfarrer.

SPD. Der Pfarrer König in Honnef am Rhein, der schon mehrfach seiner unverhohlenen Sympathie für die Hakenkreuzler Ausdruck verliehen hat, hat zu Weihnachten an prominente Nationalsozialisten und an sämtliche Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Partei eine Weihnachts- und Neujahrsbotschaft verschickt, die sich sehen lassen kann. Der Herr Pfarrer bekennt seine Liebe zu den Mäuschen, den Blindschleichen und den Stinkbomben. Also deklamiert er:

"Die da drüben versuchen es mit dem Gummiknüppel, wir müssen es einstweilen versuchen mit weissen Mäusen, Blindschleichen und Stinkbomben! Nicht gerade angenehm, aber im Augenblick einzig möglich und unfehlbar wirksam. Zentrum, Bayerische Heldenpartei und jüdischer Volksdienst haben den Bürgerkrieg geschaffen, wir nehmen ihn auf und führen ihn zu herrlichem Siege."

Der Christliche Volksdienst hat es ihm besonders angetan und er nennt ihn einen "jüdischen Volksdienst", ein "jämmerliches Gebilde", ein genaues Gegenstück zum "schmierigen Zentrum". Die Regierungen in Berlin sind für ihn nur "die Berliner Verbrecher". Deshalb schwärmt er auch für den Diktator. Nicht nur das, er hat an der Diktatur als Institution einen ganz neuen Vorzug entdeckt:

"Wir wollen die Diktatur, denn auch wenn der Diktator versagen sollte, so ist es immerhin besser und leichter und angenehmer einen Lumpen vor sich zu haben als 298. Es ist besser und leichter und angenehmer einen Psychopathen vor sich zu haben als 45 000 Bonzen. Wir wollen den Führer, der nur das eine erstrebt: Gott und mein Volk."

Die Parole: Gott und mein Volk macht sich im Zusammenhang mit einem Lumpen und einem Psychopathen besonders gut! Der Herr Pfarrer scheut sich aber nicht, sofort die Anwärter für die Diktatur zu nennen, die ihm vorschweben: Hugenberg, Hitler und Seldte, Hepp, Dr. Schnee, Dr. Zapf, Dr. Schneider. Der Herr Pfarrer ist konsequent, wenn er auch Führer des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei neben Hitler und Konsorten stellt. Aber eines hätte er doch nicht tun sollen: nämlich die Möglichkeit andeuten, dass einer von diesen grossen Männern der Diktatur entweder ein Lump oder ein Psychopath sein könnte. Der Herr Pfarrer muss sich dabei schliesslich etwas gedacht haben. Wen meint er denn mit dem Lumpen und wen mit dem Psychopathen?

Immerhin ist er guter Hoffnungen voll. Bis zum 3. Februar will er den Sieg der Diktatur in Deutschland verwirklicht haben und so ruft er:

"Zur gleichen Stunde an einem einzigen Sonntag muss ausgerufen werden die christliche Staatsführung, die deutsche Politik. Auf denn zur Volkserhebung, für ein Bündnis mit Italien und Russland. Von heute bis zum 3. Februar wollen wir ein eigenes Parlament in Frankfurt schaffen."

Das ist die Neujahrspredigt eines Hakenkreuzchristen, eines Pfarrers, der es mit den Mäusen, den Blindschleichen und den Stinkbomben hält. Seine Hoffnung ist: "Die Pforten der Hölle werden Gottes Reich nicht überwältigen. Niemals, niemals, überwältigen."

Aber wir sind überwältigt. Ueberwältigt von so viel unfreiwilliger Komik, von so viel Selbstentlarvung der psychopathischen Züge in der rechtsradikalen Bewegung!

Vom Hetzchristentum.

Der Exhofprediger Döring, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, steht an der Spitze der sogenannten "christlich=deutschen Bewegung". In seinen Augen ist die Hauptaufgabe der Kirche, den Kampf gegen die Undankbarkeit gegenüber den Hohenzollern zu führen. Die christlich=deutsche Bewegung erklärt ferner:

"Wider Gottes Willen ist die bewusste und planvolle Abtötung Wehrhaftigkeit und des wehrhaften Sinnes. Wider Gottes Willen ist der verschwommene und unwahrhafte Pazifismus, der das von Gott geschaffene eigene Volk verleugnet um des leeren Begriffs einer sogenannten Menschheit willen".

Hier ist das schlimmste Kriegspfaftentum wieder auferstanden. Die Hakenkreuzler begrüßen eine jede solche Blasphemierung des Christentums. So liest man in der nationalsozialistischen Zeitschrift "Der deutsche Staat":

"Ich bin der Ansicht, dass man jetzt in Deutschland einmal hundert Jahre lang den Satz "Liebet Eure Feinde" in den frommen Büchern überklebt."

So wird in diesem Kreise das Christentum aufgefasst! Sie bemühen sich jetzt schon im Einklang mit der sonstigen Kriegspropaganda Hetzpfarrer für die Agitation gegen den Frieden einzufangen.

Stalin der Grosser.

Stalin wird demnächst, begleitet von prominenten Funktionären der Sowjetrepublik, eine Reise durch die Sowjetunion unternehmen. Er wird sich seinem Volke zeigen - - nicht nur als Zar, sondern in der Rolle des neuen Gottes.

Eben jetzt wird in Russland der 10. Jahrestag des Planes zur Elektrifizierung der Wirtschaft der Sowjetunion gefeiert. Die Sowjet=Propaganda zitiert aus diesem Anlass das Wort von Lenin: Sozialismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung. Sie zitiert vor allem aber einen Brief, den Stalin im März 1921 über den Elektrifizierungsplan an Lenin geschrieben hat. Die stalinistische Propaganda will dem russischen Volke einreden, dass Stalin der eigentliche Vater der Sowjetmacht sei. Gott hat die Welt geschaffen, Stalin aber Sowjetrussland! Wenn das so weiter geht, werden bei der grossen Reise Stalins die Muschiks in den Dörfern an der Eisenbahnstation um den Salonwagen des grossen Stalin herumstehen, sie werden einander anstossen und murmeln: "Seht, da ist er. Er ist Väterchen, er ist mehr als Väterchen. Er hat alles geschaffen. Er hat das Licht in die elektrischen Glühbirnen eingeschert. Er schickt uns alles, Sonne und Regen, Missernte oder gute Ernte. Er allein ist gross! Früher hiess er Lenin. Jetzt hat er seinen Namen geändert und nennt sich Stalin. Aber er ist gross und einzig und immer wieder derselbe."

Die lakaienhafte Propanda der Sowjetorgane für Stalin wird trotz aller Bemühungen der Organisationen der Gottlosen Stalin bald zum neuen Gott gemacht haben.

Sie hat weisse Mäuse gesehen.

In der Siedlung Bickendorf bei Köln kam es am Sonntag zu politischen Lärmszenen, in deren Mittelpunkt eine Frau stand. Die Polizeischar ein und stellte fest, dass es sich um eine sinnlos betrunkene Nazibraut handelte. Deutschland, erwache! Die Walküre hatte zuviel Met gesehen!

Aus aller Welt

Berlin im Sylvestertaumel.

Millionen hungern und Tausende prassen: das ist das Sylvestergemälde 1930/31

SPD. Ein furchtbares Jahr tritt ab, ein neues kommt...

Wenn eine riesige Stadt wie Berlin sich zum Jahresausklang rüstet, so kann das aufmerksame Auge des Reporters gleichsam einen Querschnitt in miniature durch unsere ganze Gesellschaftsordnung erleben. Das Sylvester feiernde Berlin ist voll von sozialen Kontrasten; es gibt keinen einschneidenderen Unterschied als der Sylvesterrummel im Norden und im Westen Berlins. Die Knallbonbons, die Frösche und Raketen, das Buntfeuer, die Papierschlängen, das Konfetti - das sind gewiss Dinge, die man in den grauen düsteren Strassen der Wohnkasernen am Wedding ebenso in die Luft pulvert, knallt oder wirft, wie in den breiten, gepflegten Wohngegenden der westlichen Bezirke. Aber sonst....

Kleine Speisekarte.

Die Kurfürstendamm=Lokale haben in der Sylvesternacht Hochbetrieb. Steinmeyer, Kaffee des Westens, Faun, Corso=Cabaret, Austern=Meyer und wie sie alle heissen, sie offerieren dem Publikum ein Sylvester=Souper, das "in anbetracht der ernstesten Zeit" zu gesenktem Preissatz zu erhalten ist. So ein Souper zu acht, zehn, zwölf und fünfzehn Mark mit Königin-Suppe, Sylvesterkarpfen, getrüffelter Pute und Eisbombe aus feinstem Nougat erscheint dem honorigen Bürger des Westens noch fast eine billige Sache, sozusagen Preisabbau auf der ganzen Linie zu sein. Eine Anzahl Lokale scheint das auch zu finden, denn sie suchen das "billige Souper" durch gepfefferte Garderoben und Sondereintrittspreise wieder auf das rechte Preisniveau zu bringen.

Geld spielt keine Rolle.

Die repräsentativsten Hotels geben natürlich Hausbälle, auf denen es hoch zugeht. Ein Geschäftsführer, der auf das Renommee seines Hauses hält, hat mindestens drei bekannte Kapellen engagiert, für die dann allerdings die Gäste aufzukommen haben. Das geht zwar nicht so zu, dass die Kapelle mit dem Hut in der Hand von Tisch zu Tisch läuft, um Silberlinge einzufangen, sondern man schlägt die Musikspesen auf die Preise. So gibt es Lokale, in denen die Garderobegebühr allein 2,50 Mark kostet und ein guter Wein nicht unter 20 Mark zu haben ist. - - Mit den Festgästen dieser exklusiven Lokale braucht man allerdings kein Mitleid zu haben, sie rechnen damit, geneppt zu werden; hier kommt es eben auf einen Hundertmarkschein weiter nicht an. -

2,50 Mark für einen Cognac.

Auf ganz grosses Scheffeln sind vor allem jene zahllosen Bars eingestellt die in den Stunden vom alten zum neuen Jahr den Hauptanteil für ihre gute Geschäftsbilanz sicherzustellen pflegen. Hier schenkt man Sylvesterliköre aus, die Alkoholika sind gepfeffert, die Preise auch. Und wenn man für einen französischen Cognac 2 Mark bis 2,50 Mark zahlt, so kommt der Barwirt wirklich hundertprozentig auf seine Rechnung. Diese Bars, die gern in "Pikanterien" arbeiten, versprechen in ihren lebemannisch schmunzelnden Sylvesterplakaten ihren Gästen ungeahnte Sylvesterüberraschungen. Und die Laien, besonders jene Herrschaften des provinziellen, meist agrarischen Amüsierpublikums, die in diesen Tagen aus den gesegneten pommerschen Gefilden in das Sündenbabel Berlin zu reisen pflegen, versprechen sich dann stets allerlei handfeste Sylvesterscherze. Fast immer werden sie schmählich enttäuscht, denn man hat, um die Spesen möglichst niedrig zu halten, irgend einen melancholischen Balalaika=Zupfer und eine

schlimm krächzende Soubrette engagiert, die mit ein paar Hungerpfennigen abgespeist werden, während die ergiebigen französischen Kognaks sehr munter den Weg alles Süffigen gehen...

Licht und Schatten.

In Strömen fliesst der Wein auf den Sylvesterbällen der "Gutsituierten". Fast sämtliche grösseren Säle sind mit Kostümfesten belegt. Auch der Sportpalast, der in diesen Dezembertagen für die Eishockey-Kämpfe reserviert war, hat einem wärmeren Milieu Platz machen müssen. Vier Kapellen konzertieren; der Trubel geht bis in die frühen Morgenstunden. Hier allerdings und auch bei einem Massenball in der Philharmonie sind die Eintrittspreise schon bedeutend niedriger; diese Unternehmer haben mehr das Gesetz zu Volksbällen. Und die Besucher dieser Vergnügen rekrutieren sich durchaus nicht bloss aus denen, denen das ganze Jahr über das Geld recht locker in der Tasche sitzt. Sylvester haben die meisten das Bedürfnis, sich einmal ordentlich auszutoben und mehr springen zu lassen, als an sich zu rechtfertigen ist. Man kann zu solchem periodischen Leichtsinn stehen, wie man will, menschlich verständlich ist er schon in dieser Zeit, die die Leute zu dauernden Entbehrungen zwingt. Schliesslich kommt ja auch der grössere und kleinere Luxus, so unsympathisch manchem sein Gesicht in dieser Zeit der Not scheinen mag, auch einer ganzen ungeheuren Vergnügungsindustrie, an der sich nicht nur die Wirte der grossen Hotels mästen, sondern von der auch Kellner zehren, zugute.

Aber vergessen wir darüber nicht die andre Seite, auf der der Schatten der Not von vier Millionen Arbeitslosen liegt, die hungern und nicht wissen, wie sie ihre Stuben heizen sollen. In der Tat liegt in dieser ungeheuren Gegensatzlichkeit zwischen den Bildern des Elends und des Glanzes, der ewigen Trauer und der ausgelassenen Freude eine Problematik, die den kapitalistischen Widersinn dieser Zeit deutlicher als alles andere aufzeigt.

Pfannkuchen wie Beene.

Wie feiern die proletarischen Bezirke? Wie sieht es im Osten, im Norden, dem Wedding und im Süden, in Neukölln aus? Hier muss man mit kleinen Mitteln arbeiten, auch die Gastwirte haben sich darauf eingestellt. In der Hasenheide, dem "Vergnügungspark Neuköllns", kostet der Eintritt eins bis zwei Mark, für 1,75 Mark kann man ein Eisbein mit Sauerkraut erschwingen, und für die Garderobe werden einem fünf Groschen abgenommen. Hier gibt es Stimmungskapellen und Konfettischichten, an natürlichem Berliner Humor ist kein Mangel und selbst die unenbehrliche Berliner Mollie ist preiswert zu haben. Es sind zwar nicht die üblichen, aber es sind immerhin exträgliche Preise. Die kleinen Cafés, die unzähligen Kneipen, sie alle machen in Sylvesterstimmung. "Hier gibt es die besten Sylvester-Pfannkuchen". "Wer einmal zubeisst kann nicht wieder aufhören" heisst es in der knallenden Ankündigung eines Cafés- und Likörbetriebes. Und ein anderer, der ganz originell sein will, schreit seinen Gästen in Plakatform zu: "Beene wie Pfannkuchen, sagt der Rixdorfer. Pfannkuchen wie geschenkt sahre ick! Drei Stück nur zwei Groschen!"

"Sylvester=Eisbeine".

Aber die ärmlichsten und dürftigsten Bezirke der riesigen Stadt liegen doch im Norden, im Wedding. In Neukölln gibt es immerhin noch gewisse bürgerliche- und kleinbürgerliche Zwischenstufen. Hier ist alles rein proletarisch. Wo die Not besonders gross ist, blüht der Weizen jener zweifelhaften Destillen, in denen man für einen Groschen schon einen Becher, gefüllt mit schrecklichem Fusel, auch Korn genannt, erhält. Hier gibt es "Sylvester=Eisbeine", kalt und warm, die kleineren Stücke schon für 60, 70 und 80 Pfennige. Wer darauf verpicht ist, kann eine Riesenportion Spitzbein für 1 Mark erhalten und noch einen ganzen Topf Sauerkraut dazu. So sieht das Sylvester-Vergnügen der Proletarier aus...

Und wieder an die Arbeit.

Berlin feiert Sylvester fast bis zum letzten Mann. Allerdings jeder auf seine, durch den Geldbeutel bedingte Weise. Und die zahllosen kleinen Mädchen aus den Büros und den Fabriksälen, die sich vom Leben immer so viel Illusionen

gemacht haben und immer enttäuscht worden sind, hoffen in dieser Nacht in dieser Nacht von Neuem. Sie tanzen auf den billigen Vorstadtbällen bei der Musik einer schwerfälligen Kapelle, trotz allem beseligt und etwas beschwipst ins neue Jahr hinein. 24 Stunden später aber beginnt wieder das harte Muss der Arbeit. Und noch etwas verschlafen aber schon wieder ganz gefasst und sachlich und bereit zum neuen Tagewerk werden sie wieder in den Kontoren sitzen und in den Fabriksälen schuften. Hoffend, kämpfend...

+ + +
8½ Tausend Automobilisten bestraft. Wie der "Matin" mitteilt, sind in Frankreich im abgelaufenen Jahre nicht weniger als 8 640 Automobilisten durch Entziehung des Führerscheins bestraft worden. Das Blatt fordert, dass diese eindrucksvolle Ziffer an allen Strassenkreuzungen in grossen Buchstaben angeschlagen werde, um die unvorsichtigen Ritter vom Steuer gebührend zu warnen.

+ + +
Wildwest in Mainz. Am Dienstag vormittag wurde in Mainz auf zwei Kassenboten der Mainzer Volksbank, die Geld von der Reichsbank geholt hatten, ein Raubüberfall verübt. Die Täter gaben auf die beiden Angestellten, als sie dem Ruf "Hände hoch" nicht sofort nachgekommen waren, zwei Schüsse ab, die erfreulicherweise nur in die Wand eines Hauses einschlugen, aber doch die Kassenboten erklärlicherweise so einschüchterten, dass den Verbrechern der Raub der Geldtasche möglich war. Die Tasche enthielt 90 000 Mark in gebündelten Scheinen. Die Täter fuhren sofort in einem Kraftwagen in grosser Geschwindigkeit davon; die sofort in einem Lieferauto aufgenommene Verfolgung misslang. Es wurde festgestellt, dass das von den Räubern benutzte Auto, das die Nummer IY 23 529 trug am Montag vormittag vor dem Verkaufsbüro der Besitzerfirma Koehler & Boverkamp in Barmen-Hatzfeld gestohlen worden ist.

+ + +
Rundfunkkampf in Schlesien. In Schlesien ist ein heftiger Rundfunkkampf entbrannt. Schon seit längerer Zeit versuchen die Kräfte der Reaktion, eine Aenderung in der Programmgestaltung des Breslauer Senders, der bekanntlich nicht ganz so unfrisch und vermufft wie viele andere deutsche Radiostationen ist, herbeizuführen. Der aktuelle Ausdruck des Versuches, faschistische Einflüsse hier zur Geltung zu bringen, ist ein Artikel in einem Breslauer rechtsbürgerlichen Blatt, das unter dem frechen Titel "Wir verbitten uns das" gegen eine in der "Schlesischen Funkstunde" erschiene sachliche Darstellung der Umstände, die zum Remarque-Film-Verbot führten, polemisiert. Es wird u. a. die Absetzung bestimmter leitender Angestellter in der Schlesischen Funkstunde verlangt. Dieser faschistische Vorstoss verdient besondere Beachtung, im Hinblick auf den bereits allgemein bekannten Versuch der Hitleristen, die Rechtsradikalisierung des gesamten deutschen Funkwesens durchzuführen. Beachtung und-Abwehr!

+ + +
24 Mann ertrunken. Wie jetzt bekannt wird, sank in der Nacht zum Sonntag in der Höhe von Egersund der dänische Dampfer "Torefjell". Das Schiff hatte 24 Mann Besatzung an Bord.

+ + +
Abgestürzter Segelflieger. In der Nähe des Dorfes Alberfeld (Thüringen) verunglückte der Leiter der Eisenacher Segelfliegergruppe Matzke mit einem neuen Apparat durch Absturz tödlich. Matzke war am Steilhang des grossen Hörseberges bei Eisenach gestartet und hielt sich einige Zeit sicher in der Luft. Plötzlich brachen beide Flügel ab und Matzke stürzte mit dem Rumpf des Apparates zu Boden. Die eigentliche Unglücksursache steht noch nicht fest. Vermutlich beruht sie in einem Konstruktionsfehler.

+ + +

Die neue Reichskanzlei.

Sie hat zwei Millionen gekostet, war aber auch dringend nötig - Ein Bürohaus von repräsentativer Sachlichkeit - Von Bismarck bis Brüning. -

SPD. Seit 1730 steht hinter einem Vorgarten an der Berliner Wilhelmstrasse das Palais Raziwill und darin ist nach der Reichsgründung 1871 die Reichskanzlei untergebracht worden. Nur drei Beamte nebst einer Anzahl Angestellten und Dienern arbeiteten in diesem Hause mit Bismarck zusammen. In der Kaiserzeit gab es nur einen einzigen Reichsminister, eben den Reichskanzler. Er trug die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte und, was seit der Thronbesteigung Wilhelm II. ebenso umfangreich wie unangenehm wurde, auch die Verantwortung für die öffentlich getanen Aeusserungen des Kaisers! Ressortminister gab es nicht, nur Staatssekretäre ohne ministerielle Verantwortung.

Die Republik hat die alte demokratische Forderung nach einer aus verantwortlichen Ministern bestehenden Reichsregierung in der Verfassung erfüllt. Ausserdem sind die Amtsgeschäfte der Reichskanzlei so gewachsen, dass das alte Palais bald zu klein wurde. So hat man sich entschlossen, den freien Platz daneben zu einem Neubau zu benutzen. Es war dabei der sehr seltene Fall zu verzeichnen, dass der Haushaltsausschuss des Reichstages einstimmig dieses Vorhaben billigte. Am 28. Mai 1928 wurde feierlich der Grundstein gelegt. Das erste halbe Arbeitsjahr verging mit dem Einbau gewaltiger Eisenträger in zwanzig bis dreissig Metern Tiefe, und zwar für eine künftige Untergrundbahn zur Verbindung des Anhalter- und des Potsdamer Bahnhofs mit dem Lehrter- und dem Stettiner Bahnhof. Der Neubau selbst ist in der vorgesehenen Frist fertig geworden, die planmässigen Bausummen werden allen Anzeichen nach nicht überschritten werden. Der Bau kostet zwei Millionen Mark, und man kann der Reichsregierung wohl darin Recht geben, wenn sie sagt, eine Unterbrechung des Baues wegen der schweren Wirtschaftskrise hätte nur die Arbeitslosigkeit noch vergrössert.

Sicher hat ein sehr grosser Teil der Berliner Bevölkerung den seit Monaten gerüstfreien Neubau schon gesehen. Ob alle Vorübergehenden beim Anblick seine Bedeutung sofort erraten haben, kann man wohl bezweifeln. Während das alte Palais eben ein Monumentalbau ist, stellt sich der Neubau äusserlich als ein modernes Bureauhaus von kaum zu überbietender Nüchternheit dar. An den Uebergangsbau, der die gleiche Höhe hat wie die alte Reichskanzlei, schliesst sich im rechten Winkel der Hauptflügel nach der Strasse hin, der wiederum seinen Nachbarn überhöht und dadurch einen fast turmhausartigen Charakter hat. Im Innern ist die neue Reichskanzlei ein sehr gutes Beispiel modern zweckmässigen Bauens und Einrichtens, keine Protzerei, kein aufdringlicher Luxus und selbstverständlich nicht mehr die gedrechselten, gebogenen, ausgekehlten und sonst wie bogen- und schnitzereivollen "Zierraten", die uns heute abscheulich vorkommen und lediglich als Staubfänger erscheinen, während noch vor wenigen Jahrzehnten diese Greuel Inbegriff aller "Schönheit" waren.

Der grösste Beratungssaal im neuen Hause ist "Ländersaal" benannt, dient aber keineswegs nur den Konferenzen aller deutschen Ministerpräsidenten und Finanzminister, die ja gar nicht so selten zusammentreten, sondern allen Verhandlungen der Reichsregierung mit stärkeren Vertretungen einzelner Berufsstände und sonstiger Interessengruppen. Die Innenausstattung dieses Saales haben die Länder geschenkt. Auch die Glasfenster mit den eingeschliffenen Länderwappen sind auf diese Weise ohne Mehrbelastung der Reichskasse geliefert worden. Boshafte Betrachter könnten auf den Gedanken kommen, gewisse Länder hätten durch diese Gaben ihr ewiges Leben sichern wollen, das sie durch eine wirkliche Reichsreform bedroht sehen....

Interessant ist an dem eigentlichen Sitzungssaal des Reichskabinetts besonders ein optischer Telegraph, der in Leuchtschrift den im Vorsaal Anwesenden mitteilt, welcher Punkt der Tagesordnung gerade an der Reihe ist und welcher Ministerialreferent gewünscht wird. Reicher Bilderschmuck ist in den ein-

zelenen Räumen verteilt, so sieht man ein grosses Bild Friedrich Eberts und in der Galerie der Reichskanzler Hermann Müller. Ganz in braunem Holz ist das Arbeitszimmer des Reichskanzlers mit einem sehr modernen Telephontisch. Das gross Glasfenster eines Vorraumes trägt die bekannten Einleitungsworte der Reichsverfassung.

Im ganzen ein ebenso würdiger wie zweckmässiger und bei aller Einfachheit doch sehr eindrucksvoller Bau.

+ + +

Die Suche nach den Kölner Räubern. Die Suche nach den Kölner Bankräubern blieb bis jetzt ergebnislos. Sowohl der verhaftete Autodieb, der im Verdacht stand, an dem Ueberfall auf die Filiale der Deutschen Bank=Disconto=Gesellschaft in Köln=Lindenthal beteiligt zu sein, wie auch zwei in der Eifel verhaftete Männer konnten ihr Alibi nachweisen. Bei dem Verhör der beiden der Tat Verdächtigten stellte sich heraus, dass es sich um Kaufleute aus dem Kreise Kuskirchen gehandelt hat, die sich ein Auto gemietet hatten, um mit dessen Hilfe bei ihren Kunden in der Eifel Gelder einzukassieren. Die Vermutung, dass das bei ihnen vorgefundene Geld aus dem Bankraub stammt, war falsch.

+ + +

Beschlagnahmtes Spritschiff. Auf der Höhe von Mobile Bar (Alabama) beschlagnahmten amerikanische Küstenwachtschiffe den unter britischer Flagge fahrenden Spritschmuggelschoner "Deauville". Kapitän und Besatzung wurden gefangen genommen.

+ + +

Tschechendrama in Frankreich. In Boulogne-sur-Mer erschoss ein tschechoslowakischer 28 Jahre alter Bergarbeiter seine Frau und seine beiden Kinder im Alter von 2½ und einem Jahr und tötete sich dann selbst durch Erhängen. Die Motive der Tat sind nicht bekannt.

+ + +

Eisenbahnkatastrophe. Zwischen den chinesischen Städten Tschintschau und Tschaoyang brachten Banditen einen Eisenbahnzug zur Entgleisung. Der Zug stürzte etwa 20 Meter in die Tiefe. 50 Personen wurden getötet oder schwer verletzt. Die Räuber plünderten ihre Opfer aus und entflohen.

+ + +

Morddrame unter Bergarbeitern. Im Dortmunder Stadtteil Horst erstach der 40jährige Bergmann Jaschanek am Ende eines Wortwechsels den 41jährigen Bergmann Kopatz durch sechs Messerstiche. Jaschanek wurde verhaftet.

+ + +

Freispruch nach Zuchthaus-Urteil. Vom Schwurgericht Altona wurde Fräulein Sator, eine 29jährige Beamtin, die wegen angeblich falscher eidesstattlicher Versicherung zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen.

+ + +

Zehn Menschen verbrannt. Bei einem Hotelbrand in Cochrane (Ottawa) (USA) kamen zehn Menschen ums Leben.

+ + +

Negerschlacht in Südafrika. Im Gelände des südafrikanischen Bergwerkes Randfontain kam es im Anschluss an die Ermordung eines Basuto=Negers durch einen Tondo=Neger zu blutigen Zusammenstössen zwischen weiteren Mitgliedern dieser beiden Stämme. Vier Tondos wurden getötet, 75 weitere Eingeborene schwer verletzt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

+ + +

Mord aus Notwehr. In Parkitten (Ostpreussen) erschoss der Gutspächter Rogall aus Notwehr seinen Knecht Fritz Hegener, der auf seinen Chef unter den Worten "Hund, heute musst du dran glauben", mit einer Axt eindrang.



Neue Arbeitslosenfürsorge.

SPD. Wir haben heute drei Arten von Arbeitslosenunterstützung: Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung. Eine solche Gliederung war von vornherein niemals beabsichtigt. Sie ist die Folge einer unvorhergesehenen Entwicklung des Arbeitsmarktes, vor allem der langen Dauer der Arbeitslosigkeit und der strukturellen Ursachen der Wirtschaftskrise. Nach den Absichten des Gesetzgebers sollte in erster Linie die Arbeitslosenversicherung die massgebende Unterstützungseinrichtung sein; die Krisenfürsorge sollte nur als ergänzende Hilfseinrichtung in Betracht kommen. Heute liegen die Dinge so, dass die Arbeitslosenversicherung im allgemeinen nur noch die konjunkturelle und saisonale, d.h. die verhältnismässig kurzfristige Arbeitslosigkeit auf fängt, während die strukturelle Arbeitslosigkeit eine Sache der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsunterstützung geworden ist.

Infolge der Unzulänglichkeit der Krisenfürsorge - auch ihre letzte Neuregelung anfangs November beseitigte infolge der Finanzschwierigkeiten des Reich diese Unzulänglichkeit nicht - hat die Wohlfahrtsunterstützungslast einen bedenklichen Umfang angenommen; sie droht die Gemeinden finanziell zu erdrücken. Damit nicht eines Tages, wenn den Gemeinden der Atem ausgeht, die Arbeitslosen die Leidtragenden sind, hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit einem Initiativgesetzentwurf einen Weg zur Schaffung einer neuen Arbeitslosenfürsorge gezeigt, die eine Vereinheitlichung von Krisenfürsorge und kommunaler Fürsorge für Arbeitslose darstellen soll. Die Kerngedanken dieses Gesetzentwurfes, die bereits veröffentlicht worden sind, werden im Dezemberheft der "Arbeit", der Monatszeitschrift des ADGB, durch einen instruktiven Aufsatz von Dr. Bruno Broecker näher beleuchtet.

Für die neue Arbeitslosenfürsorge stellt Broecker folgende drei grundsätzliche Forderungen: 1. Die neue Unterstützungsform soll unterschiedslos alle bedürftigen Arbeitslosen erfassen, die Versicherungsansprüche nicht oder nicht mehr besitzen, die ferner den allgemeinen Anforderungen, die Voraussetzung jeder spezifischen Arbeitslosenunterstützung sein müssen, genügen, nämlich arbeitsfähig, arbeitswillig sowie unfreiwillig arbeitslos und berufsmässig Arbeitnehmer sind. Der gemeindlichen Fürsorge verbleiben als dann die sonstigen Hilfsbedürftigen, deren Unterstützung nach der Verordnung über die Fürsorgepflicht den Gemeinden obliegt.

2.) Die Unterstützung in dieser Arbeitslosenfürsorge müsste so bemessen sein, dass die Voraussetzungen einer zusätzlichen Unterstützung aus der kommunalen Fürsorge nicht mehr vorliegen; sie dürfte also mindestens im Durchschnitt die Richtsätze der kommunalen Fürsorge nicht unterschreiten.

3.) Die Betreuung dieser Arbeitslosen, d.h. sowohl die Entscheidung über ihren Unterstützungsantrag, ihre Kontrolle und als letztes, aber wichtigstes, ihre Arbeitsvermittlung, müsste in einer Hand liegen. Für diese Aufgabe kann nach der ganzen heutigen Verteilung der Aufgabengebiete nur die grundsätzlich als Träger der Arbeitsmarktpolitik anerkannte Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Frage kommen.

Bei der Bemessung der Höhe der Fürsorgenunterstützung, die den Arbeitslosen in erster Linie interessiert, soll nach dem Gesetzentwurf der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie bisher einerseits der früher verdiente Lohn nicht ganz ausseracht gelassen, andererseits aber auch der Richtsatz der

kommunalen Fürsorge im allgemeinen als untere Grenze der lebensnotwendigen Unterstützung anerkannt werden. Der Richtsatz darf im allgemeinen nicht unter der Lohnklasse IV der Arbeitslosenversicherung (Wochenunterstützung bei zwei Zuschlagsempfängern 11,95 Mark, monatlich also rund 50 Mark) liegen. Die Lohnklasse IV würde daher bei der Anlehnung an das Lohnklassensystem der Arbeitslosenversicherung als Mindestsatz zu gelten haben. Die verbleibenden oberen sieben Lohnklassen der Arbeitslosenversicherung wären auf zwei bis drei zu reduzieren, wobei für die höheren Verdienste von 42 Mark aufwärts eine Senkung nicht unter Lohnklasse VIII (Wochenunterstützungssatz für einen Arbeitslosen mit zwei Zuschlagsempfängern 20,25 Mark, monatlich also 87,75 Mark) erfolgen dürfte, während für die Verdienste über Gruppe IV, also von 24 Mark bis 42 Mark, die Durchschnittslohnklasse etwa bei Klasse VII (entsprechende Sätze 18,55 bzw. 80,40 Mark) zu suchen wäre. Wenn man einen beweglichen Faktor bei der Bestimmung der Lohnklasse, d.h. eine Berücksichtigung der Lebensverhältnisse des Wirtschaftsbezirks einschalten will, dann wäre hierfür eine genaue sachliche Prüfung der jeweiligen tatsächlichen Lebenshaltungskosten unbedingt notwendig. Mit den alten Ortsklassenmassstäben ist nicht viel anzufangen.

In der neuen Arbeitslosenfürsorge kann eine Rückzahlungspflicht nach dem Muster der gemeindlichen Fürsorgepflicht natürlich nicht mehr in Frage kommen. Dagegen ist dem Charakter dieser besonderen Arbeitslosen=Fürsorge entsprechend eine Bedürftigkeitsprüfung vorgesehen. Die Durchführung dieser Prüfung wäre aber nicht Aufgabe des Arbeitsamtes; sie hätte nur auf dessen Ersuchen und zwar durch den Fürsorgeapparat der Gemeinden zu erfolgen, allerdings nur nach gesetzlich festgelegten Grundsätzen, die naturgemäss nicht den sehr unterschiedlichen Masstäben der Gemeinden entsprechen könnten.

Das finanzielle Bild dieser neuen Arbeitslosenfürsorge würde nach der Darstellung Broeckers etwa folgendermassen aussehen: Die Zahl der Empfänger von Krisenunterstützung beträgt zur Zeit rund 600 000, die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen nach den Angaben des Städtetags rund 700 000. Die Gesamtzahl dieser beiden Gruppen würde im Höhepunkt des Winters etwa 1,5 bis 1,7 Millionen betragen. Eine Schätzung des Jahresdurchschnitts der Hauptunterstützungsempfänger in der neuen "Arbeitslosenfürsorge" (unter Ausschluss der von der Versicherung Unterstützten) auf 1,2 Millionen vertretbar. Bei einem Aufwand an Unterstützungsleistungen pro Kopf und Jahr von 750 Mark, der der Neuregelung der Leistungen annähernd entsprechen würde, ergibt sich daraus ein Gesamtjahresaufwand von 900 Millionen. Beim Reich sind für die Krisenfürsorge 420 Millionen für das nächste Etatsjahr eingesetzt. Von den Kommunen muss nach der gegenwärtigen Regelung ein Viertel dieses Betrages, gleich 105 Millionen Mark, aufgebracht werden. Rechnet man dazu eine Ausgabe der Gemeinden von 400 Millionen Mark für Wohlfahrtserwerbslose, so würde also bei Zusammenfassung all dieser Beträge für das kommende Etatjahr der Gesamtaufwand gedeckt sein. Damit wären aber die Gemeinden noch nicht entlastet. Zu diesem Zweck müsste das Reich mit der Hälfte, bzw. mit drei Sechsteln des Aufwandes herangezogen werden, die Länder mit einem Sechstel und die Gemeinden mit zwei Sechsteln. Dadurch ergäbe sich für das Reich eine Belastung mit 450 Millionen, für die Länder mit 150 und für die Gemeinden mit 300 Millionen. Die Belastung der Länder mit 150 Millionen wäre tragbar, wenn auch für die besonders finanzschwachen Länder nach Erleichterung gesucht werden müsste. Die Belastung der Gemeinden mit 300 Millionen würde ihre Entlastung um mindestens 200 Millionen gegenüber den bisherigen Ausgaben bedeuten. Vertretbar wäre ferner eine Belastung der Reichsanstalt für den Fall, dass eine auffällige Verschiebung der Unterstütztenzahl von der Arbeitslosenversicherung auf die Arbeitslosenfürsorge stattfinden sollte, also etwa von dem Zeitpunkt an, wo die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger für die Arbeitslosenfürsorge die der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung um mehr als 50 % übersteigt. - Man darf erwarten, dass sich Regierung und Reichstag möglichst bald zu den von den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie geforderten bedeutsamen Reformvorschlägen zur Schaffung einer Arbeitslosen=fürsorge Stellung nehmen.

SPD. Stuttgart, 30. Dez. (Eig. Drahtber.)

Im Lohnstreit der württembergischen Metallindustrie wurde von der Schlichtungskammer ein Schiedsspruch gefällt, der die bestehenden Tariflöhne um 5 % und die Akkordlöhne um 6 % kürzt. Die Laufzeit der neuen Lohn- und Akkordsätze soll bis 1. Oktober 1931 gehen.

SPD. Essen, 30. Dez. (Eig. Drahtber.)

Die Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau, die Dienstag früh 11 Uhr wieder aufgenommen worden waren, mussten kurz nach 1 Uhr ergebnislos abgebrochen werden, da die Parteien zu keiner Einigung gelangten und der Schlichter keinen Vorschlag hatte, für den er eine der Parteien gewinnen konnte. Es steht mit Gewissheit zu erwarten, dass die Zechen nun den tariflosen Zustand benutzen werden, den Bergarbeitern am 15. Januar zum Zwecke einer "angemessenen Lohnsenkung" zu kündigen. Man rechnet jedoch mit einer baldigen Wiederaufnahme der Verhandlungen um den 7. Januar herum.

SPD. Nichts macht unter den Arbeitslosen so viel böses Blut wie die Doppelverdienerei. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daher bereits vor einiger Zeit einen Antrag gegen die Beschäftigung der Doppelverdiener eingebracht. Zu diesem Antrag wird uns aus Gewerkschaftskreisen geschrieben:

Der Antrag der Fraktion muss sich nicht nur auf Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe, sondern auch auf die Privatbetriebe erstrecken; denn auch hier gibt es Doppelverdiener. Besonders schlimm steht es in den Theatern, Varietes, Lichtspielhäusern etc. So beschäftigen Berliner Kinos Leute, die tagsüber bei Siemens tätig sind. Auch im Grossen Schauspielhaus sind eine Menge Doppelverdiener beschäftigt. Und wie in Berlin, so steht es im ganzen Reich bei den Theatern und Kinos.

Ganz unmöglich - so wird in der Zuschrift weiter Klage geführt - ist die Doppelverdienerei, wie sie zur Zeit in den Reichs- und Staatsbetrieben noch immer besteht. Hier haben wir eine Menge von pensionierten Beamten, die z. B. Pensionen von monatlich 150 bis 220 Mark erhalten und trotzdem noch in den staatlichen Museen tätig sind. In einem Fall bezieht ein Beamter sogar eine Pension von 370 Mark monatlich und wird daneben noch als Konkursverwalter mit einem Monatsgehalt von 300 Mark beschäftigt. Reich und Länder hätten längst die Verpflichtung gehabt, auf dem Weg einer einfachen Verwaltungsverordnung diesen unerträglichen Zuständen ein Ende zu machen. Es könnte sich auch die Preussische Polizeiverwaltung endlich dazu aufschwingen, ihre aktiven Polizeibeamten ausschliesslich für den Polizeidienst zu verwenden und für ihre Betriebsarbeiten Handwerker und sonstige Arbeiter einzustellen, um so den Arbeitsmarkt etwas zu entlasten.

Wenn es sich bei den hier vorgebrachten Beschwerden vielleicht auch nur um die Möglichkeit handelt, einige Tausend Leute in Deutschland in Arbeit zu bringen, so sollte man doch solche Möglichkeiten nicht zu gering einschätzen, vor allem nicht in ihren psychologischen Auswirkungen. Jede noch so kleine Hilfsmöglichkeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes muss ausgenutzt werden. Mit schönen Theorien allein kommt man nicht vom Fleck. Wollen sich die Arbeitsämter nicht einmal etwas eingehender mit dem Skandal der Doppelverdienerei beschäftigen? Wenn ihnen die angeführten Stichproben noch nicht genügen, so kann ihnen mit weiterem Material gedient werden.

Wirtschaft Technik Handel

Wirtschaftsjahr 1930. II.

Die Auswirkungen der Reparationszahlungen. - Illusionen und unverantwortliche Agitation. - Rationalisierung und Warenpreis. - Ausblick.

SPD. Ohne Zweifel hat das Kriegsschuldenproblem die Hemmungen und Stockungen in der Weltwirtschaft mit verursacht und die Krise in den betroffenen Industrieländern verschärft. Wenn die europäischen Länder Riesensummen an Nordamerika zahlen müssen, kann für dieses Geld kein amerikanischer Weizen und keine amerikanische Baumwolle gekauft werden. Der Druck unverwertbarer Vorräte besonders in Uebersee, aber auch in den europäischen Ländern, der nun schon seit Jahren anhält und mit dazu beigetragen hat, dass die Preise für wichtigste Rohstoffe unter Vorkriegsstand gesunken sind, dürfte sich z.T. aus diesen Zusammenhängen erklären. Falsch aber ist es, das Kriegsschuldenproblem allein für die weltwirtschaftlichen Komplikationen verantwortlich machen zu wollen. Das geht schon aus der Ueberlegung hervor, dass die meisten europäischen Staaten, in erster Linie getrieben von der Kriegspolitik der Diktatorländer (z.B. Italiens), weit grössere Summen in eine bedenkliche Rüstungspolitik stecken und dass der Protektionismus in seinen verschiedenen Formen, durch den man Kriegsindustrien hochpöppelt, dem Weltwarenhandel mehr Abbruch tut als die Zahlung von Kriegsschulden. In den Kriegsschuldenzahlungen und der unproduktiven Rüstungspolitik, dem Zollprotektionismus und dem in den meisten Ländern entwickelten System von agrarischen und industriellen Subventionen vereinigen sich eben die schädlichen Wirkungen mehrerer Faktoren, wie ja die gegenwärtige Krise dadurch bemerkenswert ist, dass wir es nicht nur mit einer Industrie, sondern auch mit einer Agrarkrise zu tun haben.

Soweit Deutschland in Frage kommt, könnte es durch eine Revision des Youngplanes im besten Fall ein Nachlass von einigen Hundert Millionen Mark erlangen. Wer aus einer Revision mehr herauszuholen vermeint, überschätzt die Möglichkeiten; er treibt aber ein frivoles Spiel mit dem deutschen Volk, wenn er diesem glauben zu machen versucht, dass eine Erleichterung der Reparationszahlungen ohne weiteres über die Krisennöte hinweghelfen und die Wirtschaft ankurbeln werde. Sicherlich sind einige Hundert Millionen Mark für die Sanierung unserer Finanzen äusserst wertvoll. Das würde auch auf das Wirtschaftsleben wohltuenden Einfluss haben. Für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise sind sie jedoch nicht ausschlaggebend. Wenn das der Fall wäre, könnte man durch Hereinbringung der durch Kapitalsflucht der deutschen Wirtschaft entzogenen Milliarden ohne weiteres in Deutschland ein Wirtschaftsparadies schaffen. Diese Ueberlegung beweist schon, auf welch schwachen Füßen eine Agitation steht, die die deutsche Reparationszahlung in wesentlichem Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise und ihrer Ueberwindung bringt. Es entspricht schon der Bundesgenossenschaft des für die falsche Wirtschaftspolitik in Deutschland verantwortlich zeichnenden Scharfmachertums mit den Nationalsozialismus, dass gerade die Nationalsozialisten diese Agitation treiben. Diese Agitation bildet gewissermassen die Kulisse für den Lohnraub und die Preisübersteigerung in der deutschen Wirtschaft.

Damit ist bereits der Krisenherd in Deutschland gekennzeichnet. Er stellt sich in der zumindestens nicht konsequent durchgeführten Rationalisierung dar.

Die Rationalisierung in Deutschland, von amerikanischen Mustern beeinflusst, war vorzugsweise Mechanisierung. Das deutsche Unternehmertum stellte die Forderung nach Steigerung der Leistung pro Kopf auf. In diesem Sinne hat es die pro-Kopf-Leistung verdoppelt, vervierfacht, vervielfacht. Das bedeutet aber nur, von der Lohnseite gesehen, dass sich der Preis für die Ware Arbeitskraft verringerte. Leistet der einzelne Arbeiter doppelt so viel, dann bedeutet das doch nur, dass sich der Preis für seine Arbeitskraft um die Hälfte senkt. Zu der Rohstoffverbilligung in den letzten 5 Jahren trat also eine beispiellose Verbilligung der Arbeitskraft. Wirtschaftliche Notwendigkeit war, den Warenpreis an die verbilligten Rohstoffe und die verbilligte Arbeitskraft anzupassen. Man hätte so die Kaufkraft gestärkt, den Versuch angeregt und wäre so dahin gekommen, die durch die Rationalisierung und Mechanisierung aus dem Arbeitsprozess herausgedrängten Arbeitskräfte in erweiterten bzw. neuen Wirtschaftszweigen unterzubringen. Das ist nicht geschehen. Das deutsche Unternehmertum hat diese Chance unter Einfluss der Kapitalneubildungspsychose versäumt. Statt einer planmässigen Aufforstung der Kaufkraft und einer systematischen Preisverbilligung sind die unzähligen Kartelle in Deutschland zu einer Preisübersteigerung missbraucht worden, von der erst die Krisenverschärfungen bei uns ausgingen. Es ist leider immer noch Tatsache, dass deutsches Eisen im Ausland um 60 Mark und damit mehr als um ein Drittel billiger ist als in Deutschland. Den auf den Weltmärkten erfolgten Sturz der Kohlen- und Eisenpreise haben die Kartelle in Deutschland nicht mitgemacht. Gegenüber der Forderung der Regierung nach einer Preisermässigung hat die Schwerindustrie bis jetzt erfolgreichsten Widerstand geleistet, wie es der Regierung auch nicht möglich war, die überhöhten Markenartikelpreise allgemein abzubauen. Auch bei den Lebensmitteln ist der Preissenkungsaktion der Regierung nur ein höchst zweifelhafter Erfolg beschieden gewesen. Dadurch erkärt sich schliesslich die völlig verschiedene Preisentwicklung bei den Fertigwaren und den Rohstoffen in Deutschland. Die Situation wurde gänzlich verfahren, als das Unternehmertum den Druck der Krise ganz allgemein zum Lohnabbau d.h. zu einer Kaufkraftvernichtung grössten Stils benutzte. Die Tatsache, dass den verbilligten Rohstoffen und der verbilligten Arbeitskraft nicht durch eine Senkung des Preisniveaus Rechnung getragen wurde, stellt sich heute in einem nach Millionen zählenden Arbeitslosenheer dar, das unsere Finanzen bedroht und immer mehr zur sozialen Gefahr wird. Andererseits haben der durch die Mechanisierung aufgeblähte Kapitaldienst bei den deutschen Industriegesellschaften und die verringerten Einnahmen aus einem verringerten Absatz die Rentabilität derart gedrückt, dass es sehr wahrscheinlich nicht ohne einen ganz gehörigen Kapitalschnitt, d.h. ohne eine Kapitalzusammenlegung abgehen wird.

Nach der Stabilisierung haben wir wohl kaum je ein Jahr mit so trüben Aussichten begonnen wie das Jahr 1931. Sicherlich wird die Ueberwindung der Wirtschaftskrise in Deutschland von dem Ablauf der grossen Weltwirtschaftskrise abhängen. Andererseits können wir die Liquidierung der Krise bei uns vorbereiten und beschleunigen. Voraussetzung ist dafür Liquidierung der Wirtschaftspolitik, wie sie unter Einfluss des deutschen Unternehmertums in den letzten Jahren betrieben worden ist, Stärkung der Kaufkraft und Beendigung des sinnlosen Lohnabbaus. Andererseits wird man die durch die Mechanisierung übersteigerte Kapazität mit den vorhandenen Märkten in Einklang bringen müssen. Wie weit hier die Verringerung gehen muss, hängt davon ab, wie weit uns eine vernünftige Handelspolitik Raum zu Exporten lässt. Das bedeutet Ablehnung eines überspannten Nationalismus und der bedenklichen agrarischen Forderungen, die, wenn man sie verwirklicht, zur Zertrümmerung unseres Handelsvertragssystems und zur Zertrümmerung unseres Exports führen müssen. Ebenso notwendig ist die Umstellung von einer übersteigerten maschinenintensiven Wirtschaft zu arbeitsintensiven Wirtschaft, durch die das Arbeitslosenheer zu verringern ist.

Deutschland hat Grund und Recht, den Pessimismus sogenannter Wirtschaftsprominenter und den nationalsozialistischen Putschismus abzulehnen. Ein Recht

deshalb, weil es sich bei der gegenwärtigen Krise in Deutschland vorzugsweise um eine falsche Wirtschaftspolitik und weniger um eine kranke Wirtschaft handelt. Einen Grund aber deshalb, weil es durch Ablehnung eines unangebrachten Pessimismus und eines sinnlosen Putschismus nur über die politische Krise hinwegkommen kann, die einem Zusammenarbeiten der deutschen Wirtschaft mit den ausländischen Wirtschaften und einer Befruchtung der deutschen Wirtschaft durch die ausländischen Kapitalmärkte im Wege steht.

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt mit: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und "Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Dezember auf 141,6 gegenüber 143,5 im Vormonat. Sie ist somit um 1,3 v.H zurückgegangen. An dem Rückgang sind alle Bedarfsgruppen ausser der Wohnung beteiligt, und zwar sind zurückgegangen die Indexziffern: für Ernährung um 2,0 v.H. auf 134,8, für Heizung und Beleuchtung um 0,9 auf 151,1, für Bekleidung um 3,1 v.H. auf 149,8 und für "Sonstigen Bedarf" um 0,5 v.H. auf 188,8. Die Indexziffer für Wohnung ist um 0,5 v.H. auf 131,3 gestiegen. Von den Untergruppen der Ernährung haben nur die Eier im Monatsdurchschnitt im Preise - saisonmässig - angezogen.

Im folgenden geben wir einen Ueberblick über die Entwicklung des Teuerungsindex im verflossenen Jahr:

	<u>Dezember 1929</u>	<u>Dezember 1930</u>
	(1913/14 = 100)	
Gesamtindex	152,6	141,6
Ernährung	152,2	134,8
Heizung und Beleuchtung	152,9	151,1
Bekleidung	170,3	149,8
Wohnung	126,7	131,3
Sonstiger Bedarf	192,5	188,8

Es muss festgestellt werden, dass die Reallöhne weit stärker gesunken sind als die Lebenshaltungskosten. Im übrigen bezweifeln wir, dass der Teuerungsindex die Bewegung der Lebenshaltungskosten richtig wiedergibt. Die Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen Index ist öffentliches Geheimnis und seit Monaten beschäftigt man sich ja mit der Frage einer Neukonstruktion des Index, der den tatsächlichen Verhältnissen mehr gerecht wird.

Am stärksten sind die Ernährungskosten gesunken. Der Gesamtindex bleibt davon wenig beeinflusst. Einer Auswirkung der niedrigeren Ernährungskosten stehen äusserst starre Unkostenfaktoren gegenüber. So ist z.B. der Index für Wohnung gestiegen. Gestiegen dürften auch in den meisten Bezirken die Fahrpreise im Berufsverkehr sein. Diese starren Unkostenfaktoren fallen aber bei einem über das Mass der Indexsenkung verringerten Einkommen äusserst stark ins Gewicht.

Das Jahr 1930 schliesst für die breiten Massen mit einer stärksten Verringerung des Realeinkommens ab.

SPD. Nach dem Jahresbericht des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten hat sich die allgemeine Wirtschaftskrise auch bei den angeschlossenen Instituten dieses Verbandes ausgewirkt. Der Antragszugang an Kapitalversicherung hat sich verlangsamt. Er betrug bei den angeschlossenen öffentlichen Lebensversicherungsanstalten rund 340 Millionen, wozu noch 100 Millionen Vertragssumme an Bausparversicherungen treten. Bezeichnend für die ganze Entwicklung ist, dass in stärkerer Masse als bisher Herabsetzungen der Versicherungs

summen beantragt wurden. In dem gleichen Zusammenhang haben auch die Darlehen auf Versicherungsscheine an Umfang zugenommen.

Der Jahresbericht wendet sich sodann sehr scharf gegen gewisse Tendenzen von Verbänden privater Versicherungsgesellschaften, den mit dem öffentlichen Versicherungswesen geschlossenen Burgfrieden zu brechen. Um diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen, sind zurzeit unter Vermittlung des Reichswirtschaftsministeriums Ausgleichsverhandlungen im Gange.

Die gemeinnützige Tätigkeit der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten spiegelt sich auch diesmal in der Anlagepolitik deutlich wider. Grundsätzlich wurden die angesammelten Kapitalien in den Gebietsteilen angelegt, von denen sie in Form der Versicherungsprämien aufgebracht wurden. In welchem Umfang diese Kapitalien den kleinen Kreditnehmern zugute kamen, zeigt sich darin, dass von dem gesamten Hypothekenbestand bei der öffentlichen Lebensversicherung 69 Prozent der Hypotheken auf Beträge bis zu 10 000 Mark und nur 0,28 Prozent auf Hypotheken über 100 000 Mark entfallen. Rund 75 Prozent sämtlicher ausgebenen Hypotheken sind auf das flache Land und in die kleinen Städte bis zu 5 000 Einwohnern gekommen, während die Grosstädte mit über 100 000 Einwohnern nur zu 12 Prozent beteiligt sind.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 - 1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 22. bis 27. Dezember 1930 auf 85,0 gegenüber 85,8 in der Vorwoche und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 78,9 (79,6), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 74,4 (75,0) und Gruppe Handel und Verkehr auf 109,0 (110,0).

Berliner Viehmarkt.

(30. Dezember)

SPD. Der letzte Markt im alten Jahr endete mit einem allgemeinen Preisabschlag. Die Beschickung war auf sämtlichen Märkten gross. Während sich aber auf dem Schweinemarkt immerhin glattes Geschäft entwickelte, verflaute der Rindermarkt sehr stark. Auch auf dem Kälbermarkt war es nicht anders. Hier erreichten die Preisabschläge grösseres Ausmass. Die Märkte konnten teilweise nicht geräumt werden. Der Export hielt sich sehr zurück.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 38 - 44 (voriger Markt 40-45), b) 30 - 36 (32 - 38), c) 26 - 29 (27 - 30), d) 22 - 25 (24 - 26), Kälber: a) - (-) b) 68 - 75 (75 - 82), c) 55 - 65 (68 - 77), d) 40-50 (45 - 64), Schweine: a) (über 300 Pfund) 57 - 58 (60), b) (240-300 Pfund) 57 - 58 (59-61), c) (200-240 Pfund) 56-58 (59-61), d) (160-200 Pfund) 54 - 57 (56-60), e) (120-160 Pfund) 51 - 53 (53-55), f) (unter 120 Pfund) -(-), g) (Sauen) 50-51 (52-53).

Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreis ab Sonnabend, den 3. Januar: Einstandspreis im Mittel frei Berlin für A-Milch (Bedarfsmenge) pro Liter 17,9 Pfennige, dto. maschinell tiefgekühlt 18,4 Pfennige, dto. molkereimässig behandelt 19,65 Pfennige; für B-Milch (Uebermenge) 11,9 Pfennige, dto. maschinell tiefgekühlt 18,4 Pfennige.

Roggen niedriger.

(Berliner Getreidebörse vom 30. Dezember.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse am Dienstag war ruhiger als am Vortage. Namentlich für Roggen trat im Verlaufe der Börse eine merkliche Abschwächung ein, sodass am Markte der Zeitgeschäfte die Schlussnotierungen um etwa 2 bis 3 Mark unter dem Vortagkurse lagen. Weizen hatte dagegen stetige Tendenz. Das Angebot an effektiver Ware war recht knapp und wurde von den Mühlen in Berlin, der Provinz und auch im Westen Deutschlands zu unveränderten Preisen glatt aufgenommen. Das Angebot an effektivem Roggen ist etwas stärker geworden, fand dagegen zu leicht nachgebenden Preisen gleichfalls Aufnahme. Mehl hatte am Vortage gegen Abend noch eine erhebliche Belebung erfahren, jedoch war die Stimmung an der Börse wieder vollkommen abgeflaut, sodass sich nur wenig Nachfrage zeigte. Hafer hatte kaum stetige Tendenz, auch hier waren die Preise etwa nachgebend. Gerste in guten Brauqualitäten und Futterware fand etwas vermehrtes Interesse.

	<u>29. Dez.</u>	<u>30. Dez.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Roggen	156 - 158	156 - 158
Weizen	249 - 251	249 - 251
Braugerste	200 - 216	200 - 216
Futter- und Industrierogerste	188 - 194	188 - 194
Hafer	140 - 146	140 - 146
Weizenmehl	28,75 - 36,75	28,75 - 36,75
Roggenmehl	23,60 - 26,75	23,60 - 26,75
Weizenkleie	9,75 - 10,00	9,75 - 10,00
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 271 (Vortag: 271½), März 277¼-276½ (277), Mai 285½-285 (285). Roggen Dezember 173 (172½), März 181-180 (181½), Mai 191-189 (192½). Hafer Dezember 151 (153½), März 164¼-164 Brief (166¼), Mai 174½ (176½).

Raufutternotierungen

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	Rh	0,70 - 0,80
" " Weizenstroh	Rh	0,60 - 0,70
" " Haferstroh	Rh	0,60 - 0,70
" " Gerstenstroh	Rh	0,60 - 0,70
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	Rh	0,75 - 1,--
Bindfadengepresstes Roggenstroh	Rh	0,70 - 0,85
" " Weizenstroh	Rh	0,60 - 0,75
Häcksel	Rh	1,45 - 1,60
Handelsübliches Heu, gesund und trocken.	Rh	1,30 - 1,70
Gutes Heu, gesund und trocken.	Rh	1,80 - 2,30
Luzerne, lose	Rh	-
Thymothee, lose	Rh	2,85 - 3,15
Kleeheu, lose	Rh	2,60 - 3,--
Mielitz=Heu, lose, rein (Warthe)	Rh	1,60 - 1,80
" " " (Havel)	Rh	1,20 - 1,50
Drahtgepresstes Heu	Rh	0,40 über Notiz.